

WŁODZIMIERZ BORODZIEJ

## POLEN UND FRANKREICH 1945–1947

### Versuch zur Belebung einer alten Allianz

Die polnische Außenpolitik in der Inkubationsphase des Kalten Krieges war bisher kaum Gegenstand seriöser Forschungen<sup>1</sup>. Dieser sonderbare Umstand – Ergebnis des Zusammenwirkens mehrerer außerwissenschaftlicher Faktoren, unter denen die selektive und zögernde Freigabe von Archivbeständen als entscheidend zu gewichten ist – scheint sich mittlerweile nicht nur auf die polnische Historiographie auszuwirken. Wenn nämlich die Beiträge zur Genesis des Kalten Krieges – auch jüngsten Datums – faktisch ohne die Berücksichtigung des Anteils der europäischen Klein- und Mittelstaaten an der „Teilung der Welt“ auskommen müssen, so erscheint dies in letzter Zeit immer stärker als Notlösung: Die Annahme, daß die Europäer zumindest in den ersten zwei Nachkriegsjahren mehr als nur Objekte bzw. Opfer der Politik der Großmächte gewesen sein müssen, ist als berechtigte Arbeitshypothese kaum von der Hand zu weisen.

Freilich wäre es aus offensichtlichen Gründen absurd, durch die Darstellung der außenpolitischen Handlungen und Unterlassungen Warschaus zu einer ähnlichen Revision des Konfliktbildes gelangen zu wollen, wie es den Briten in den letzten Jahren durch die Aufarbeitung der Akten des Foreign Office gelungen ist<sup>2</sup>. Nach 1945 hat Polen seine vor 1939 beachtliche Stellung im internationalen System nicht aufrechterhalten können – diese Feststellung erfordert gewiß keine langwierigen Archivstudien. Ebenso offensichtlich ist die Tatsache, daß schon die Schlußphase des Krieges einen tiefgreifenden Einschnitt in die Staatssouveränität mit sich brachte<sup>3</sup>. Indessen ist sich wohl die gesamte neuere Forschung darin einig, daß die Arbeit des Diploma-

<sup>1</sup> Eine gute Übersicht über die bis 1984 erschienenen Publikationen bietet die Arbeit von A. Lawary, *Das Ende Preußens in polnischer Sicht*, Berlin 1986, in deren Bibliographie auch polnische Beiträge verzeichnet sind, die über das deutsch-polnische Verhältnis hinausgehen.

<sup>2</sup> T.H. Anderson, *The United States, Great Britain and the Cold War 1944–1947*, London 1981; E. Barker, *The British Between the Superpowers 1945–1950*, London 1983; A. Bullock, Ernest Bevin, vol. III: *Foreign Secretary 1945–1951*, Oxford 1983; R. M. Hathaway, *Ambiguous Partnership. Britain and America 1944–1947*, New York 1981; V. Rothwell, *Britain and the Cold War 1944–1947*, London 1982.

<sup>3</sup> Besonders aufschlußreich ist hier der exemplarische Vergleich der Vorgänge, die 1918–1921 und 1944/45 zu Regierungsbildung und Grenzziehung geführt haben: Die Gewichtverschiebung zugunsten externer Faktoren ist in beiden Fällen unübersehbar.

tiehistorikers im Fall der Klein- und Mittelstaaten Europas erst ab Herbst 1947 zu einer reizlosen Pflichtübung wird. Im Folgenden soll an einem nahezu unbekanntem Beispiel gezeigt werden, welche Faktoren die Ausnutzung der zwischen Potsdamer Konferenz und den Pariser Marshallplan-Verhandlungen liegenden Jahre verhindert und die Disziplinierung der europäischen Verbündeten durch die antagonistischen Großmächte in der nachfolgenden Periode derart einfach gemacht haben.

\* \* \*

Die Westverschiebung Polens 1944/45 veränderte grundlegend den Spielraum der Warschauer Außenpolitik. Da der Anteil ehemaliger Reichsprovinzen am gesamten Staatsterritorium von 12,5% in der Zwischenkriegszeit auf nunmehr 48,5% stieg und die in Potsdam dank der Sowjetunion Polen zugeschlagenen Gebiete nahezu  $\frac{1}{3}$  des neuen Staates umfaßten, fand sich dieser in einer unüberwindbar scheinenden Frontstellung gegenüber Deutschland. Daß dadurch Polen „logischerweise militärisch, ökonomisch und politisch in die Verantwortlichkeit der Sowjetunion fallen muß“<sup>4</sup>, hatte George F. Kennan schon im Dezember 1944 klar erkannt; der in den dreißiger Jahren betriebenen Politik der „gleichen Distanz“ gegenüber Deutschland und Rußland<sup>5</sup> mußte nun ein an die Sowjetunion angelehnter, gegen das ehemalige Reich gerichteter Kurs folgen. Eine solche prinzipielle Ausrichtung bedeutete jedoch keine Vorentscheidung hinsichtlich eventueller weiterer Partner. Im Gegenteil: Da alle in polnischer Sicht relevanten Staaten an der Anti-Hitler-Koalition teilgenommen hatten, hegte man in der Publizistik des letzten Kriegsjahres die Hoffnung auf die Errichtung eines antideutschen Vertragskomplexes, der sowohl die Wiederholung der Situation von 1939 als auch eine einseitige Bindung Polens an den östlichen Nachbarn verhindern sollte<sup>6</sup>. Dieses mit einer möglichst langwährenden Kontrolle Deutschlands untrennbar gekoppelte Interesse an der Fortsetzung der Kriegskoalition fand 1944–1947 in Polen ungeteilte Anerkennung<sup>7</sup>.

Die Frage nach der praktischen Umsetzbarkeit des Prinzips zeigte jedoch bald

<sup>4</sup> G. F. Kennan, *Memoiren eines Diplomaten*, München 1983<sup>4</sup>, S. 222. Es scheint, daß Zeithistoriker und Publizisten dem Kern dieser Aussage in den letzten 40 Jahren – freilich mit unterschiedlichen Vorzeichen – wenig hinzuzufügen hatten.

<sup>5</sup> Aus der Fülle der Beiträge seien hier nur die herausragenden Veröffentlichungen der letzten Jahre genannt: J. Farys, *Koncepcje polskiej polityki zagranicznej 1918–1939*, Warszawa 1981; J. Krassuski, *Między wojnami. Polityka zagraniczna II Rzeczypospolitej*, Warszawa 1985; M. J. Zacharias, *Polska wobec zmian w układzie sił politycznych w Europie w latach 1932–1936*, Wrocław 1981.

<sup>6</sup> Dazu vor allem: M. Orzechowski, *Odra-Nysa Łużycka – Bałtyk w polskiej myśli politycznej okresu drugiej wojny światowej*, Wrocław 1969; H. Winnicka, *Tradycja a wizja Polski w publicystyce konspiracyjnej*, Warszawa 1980; K. Kersten, *Narodziny systemu władzy. Polska 1943–1948*, Warszawa 1985, Kap. V, sowie Lawaty, *Ende Preußens*, Kap. IV.

<sup>7</sup> Diese Koppelung läßt sich von 1944 bis zumindest Mitte 1947 in allen offiziellen und offiziellen Verlautbarungen finden. Noch im Sommer dieses Jahres erklärte der polnische Außenminister: „Die

seine begrenzte Tragfähigkeit. Die Streitpunkte in den Beziehungen zu den USA mehrten sich schon ab Herbst 1945 lawinenartig: Die Amerikaner suchten ihre Rolle als Signatar der Abmachung von Jalta über die polnischen Wahlen auf dem Weg wirtschafts- und finanzpolitischer Pressuren durchzusetzen und gerieten darüber zwangsläufig in heftige Auseinandersetzungen mit den polnischen Kommunisten. Spätestens in dem Augenblick, da James F. Byrnes in seiner Stuttgarter Rede vom 6. September 1946 die formaljuristische Auslegung der Potsdamer Beschlüsse in den Mittelpunkt der amerikanischen Sicht der Grenzfrage rückte, waren die Hoffnungen auf eine Unterstützung seitens der Vereinigten Staaten endgültig verfliegen<sup>8</sup>. In einem ähnlichen Maße determinierten die Kriegsverpflichtungen auch die polnisch-britischen Beziehungen. Kaum anders als Washington unterstützte London die zwar an der Regierung beteiligte, de facto jedoch bald in Opposition gedrängte Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe*, PSL) Stanisław Mikołajczyks. Überlagert wurde dieser grundsätzliche Streitpunkt zwischen Großbritannien als Signatarmacht von Jalta und der von der kommunistischen *Polska Partia Robotnicza* (PPR) dominierten Provisorischen Regierung der Nationalen Einheit (28.6. 1945–8.2. 1947) durch das Problem des polnischen Vermögens auf der Insel sowie Auseinandersetzungen um die Rückführung der polnischen Streitkräfte, die von 1940 bis 1945 unter britischem Kommando gekämpft hatten. Als das Foreign Office an der Jahreswende 1946/47 die Unterstützung Mikołajczyks zugunsten einer etwas nebulösen Rückendeckung der Sozialisten (*Polska Partia Socjalistyczna*, PPS) aufgab, ließ sich innerhalb des nächsten halben Jahres zwar ein ganzes Paket von zweitrangigen, bisher unlösbar scheinenden Problemen aus dem Weg räumen; doch war es für die Aufnahme etwaiger deutschlandpolitischer Kooperation zu diesem Zeitpunkt auf beiden Seiten schon zu spät<sup>9</sup>.

Das Beispiel der Beziehungen zwischen Warschau und Prag zeigt, daß nicht nur der Wandel der Lage Polens zwischen 1939 und 1945 und die daraus resultierenden Folgen, sondern auch tradierte beziehungsgeschichtliche Probleme die angestrebte Ausweitung der antideutschen Bündnisse vereiteln konnten. Die Kommunisten in Prag und Warschau zeigten sich nämlich ähnlich unfähig wie ihre Vorgänger in der Zwischenkriegszeit, die 1918–20 gegen polnische und 1938 gegen tschechische Interessen entschiedene Frage des Teschener Schlesiens zu lösen. Die Grenzstreitigkeiten fanden ihren vorläufigen Höhepunkt in einem polnischen Ultimatum vom

---

deutsche Gefahr existiert nicht, solange das Einvernehmen der vier Mächte besteht; sobald dieses Einvernehmen zerbricht, entsteht sofort auch die deutsche Gefahr.“ Übers. zit. nach Lawaty, Ende Preußens, S. 112.

<sup>8</sup> Die Beziehungen zwischen Polen und den USA dürfen als einziger Teilbereich mittlerweile als gut erforscht gelten; siehe dazu P. Wandycz, *The United States and Poland*, Cambridge (Mass.), London 1980, Kap. VI; R. Lukas, *Bitter Legacy. Polish-American Relations in the Wake of World War II*, Lexington 1982; L. Zyblikiewicz, *Polityka Stanów Zjednoczonych i Wielkiej Brytanii wobec Polski 1944–1949*, Warszawa 1984.

<sup>9</sup> Außer der in diesem Bereich nicht ganz zuverlässigen Arbeit von Zyblikiewicz (vgl. Anm. 8) gibt es bisher keinen synthetischen Überblick über die britische Polenpolitik.

15. Juni 1945; in den nächsten anderthalb Jahren gelang es – ungeachtet der Anstrengungen beider Seiten – nicht, eine bilateral zufriedenstellende Lösung auszuarbeiten. In dem Freundschaftsvertrag vom März 1947 einigten sich Warschau und Prag schließlich auf die dilatorische Formel, die Grenzstreitigkeiten in einem separaten Abkommen (das erst 1958 unterzeichnet wurde) beizulegen<sup>10</sup>. Auch hier, im Fall des gleichsam natürlichen Verbündeten Polens, dessen innenpolitische Lage und geopolitische Perspektiven im Ausgangspunkt des Sommers 1945 durchaus vergleichbar waren, vergingen also die entscheidenden Monate nach Kriegsende, ohne daß eine Absicherung gegen Deutschland erreicht worden wäre.

Die teils vorhersehbaren, teils in dieser Heftigkeit doch unerwarteten Kontroversen in den auswärtigen Beziehungen Polens mußten notgedrungen die Aufmerksamkeit Warschaus auf Paris lenken. Neben den bisher angesprochenen gab es zumindest zwei gewichtige Gründe, die für den Ausbau der Beziehungen zu Frankreich sprachen. Zum einen ist die Vergleichbarkeit der historischen Erfahrung im Umgang mit dem jeweiligen Nachbarn anzuführen, die auf französischer Seite in einem Territorialprogramm ihren Ausdruck fand, das gerade in Polen auf besonderes Verständnis stoßen mußte – um so mehr, als andererseits Paris in einer Note vom 7. August die in Potsdam anvisierte Grenzziehung zwischen Deutschland und Polen prinzipiell bejahte<sup>11</sup>. Die prinzipiell ähnliche Sicht des deutschen Problems, das man hier wie dort durch Gebietsabtrennungen und durch eine möglichst langwährende Einschränkung der Souveränität des Feindstaates zu lösen bestrebt war<sup>12</sup>, ließ die Frage: Teilung oder Aufrechterhaltung der deutschen Einheit anfangs als ein sekundäres Verfahrensproblem erscheinen.

Indes übte Frankreich nicht nur als potentieller deutschlandpolitischer Partner einen unübersehbaren Reiz aus. Nur stichwortartig sei hier an den starken Linksruck der französischen Öffentlichkeit erinnert, der in der Beteiligung der KPF an den Pariser Regierungsgeschäften einen prägnanten Ausdruck gefunden hatte. Ob nun gerade dieser Faktor für das Interesse Warschaus an einer engeren Verbindung mit Frankreich die entscheidende Rolle gespielt hat, muß vorläufig dahingestellt bleiben. Die Unzugänglichkeit sowjetischer Quellen vereitelt noch immer jede Erhärtung der These, derzufolge die im Folgenden beschriebenen Vorgänge als ein exakt abgestimmter Versuch der Einbeziehung Frankreichs in das sowjetische Bündnisystem zu deuten sind<sup>13</sup>.

<sup>10</sup> Das Thema wird ausführlich behandelt in der noch immer unveröffentlichten Dissertation von M. K. Kamiński, *Stosunki polityczne polsko-czechosłowackie w latach 1945–1948*.

<sup>11</sup> Die französische Note in: *Documents français relatifs à l'Allemagne (août 1945 – février 1947)*, Paris 1947, S. 10f.

<sup>12</sup> Diese These wird bestätigt durch den Vergleich der Untersuchungen von Lawaty und H. Köhler, *Das Ende Preußens in französischer Sicht*, Berlin 1982.

<sup>13</sup> Für die parallelen französisch-tschechoslowakischen Verhandlungen scheint diese These hervorzuweisen aus dem Aufsatz von M. K. Kamiński, *Wielka Brytania wobec czechosłowackich prób stworzenia „pomostu między Wschodem a Zachodem“ (1945–1948)*, in: *Studia z dziejów ZSRR i Europy środkowej XXI* (1985), S. 145–180.

Wie sah das französische Kalkül aus? Alfred Grosser, Walter Lippens, Wilfried Loth und Reinhard Schreiner sind in ihren Abhandlungen über die französische Außenpolitik<sup>14</sup> der unmittelbaren Nachkriegsjahre glänzend ohne die Berücksichtigung Polens ausgekommen – eine Sichtweise, die im Lichte der Memoiren von Spitzenbeamten des Quai d'Orsay auf den ersten Blick durchaus legitim zu sein scheint; weder Bidault noch seine damaligen Untergebenen wollten sich rückblickend an die Verhandlungen mit Warschau erinnern<sup>15</sup>. Die Reduzierung der französischen Ostpolitik auf die Beziehungen zu Moskau trägt jedoch nur dem Selbstbewußtsein der französischen Diplomaten Rechnung; die Realität der Jahre 1945–1947 war differenzierter.

\* \* \*

„... même si les ministres du gouvernement pensent, sans doute, que Dieu n'existe pas et que la France est décidément moins puissante et beaucoup plus éloignée que l'U.R.S.S., ils lui gardent pourtant dans leurs calculs politiques, par atavisme de l'amitié, par respect pour la plus vieille République démocratique de l'Europe et par communauté d'intérêts vis-à-vis de l'Allemagne, une place que l'Angleterre ne possède certainement pas“, berichtete im Frühjahr 1945 der erste Vertreter Frankreichs in Polen, Christian Fouchet. Der persönliche Vertraute de Gaulles machte sich dabei keine Illusionen über den künftigen Platz Polens im europäischen System. Interessant fand er aber die sowohl von kommunistischer als auch von sozialistischer Seite vorgetragene Versicherung, daß Warschau im sowjetischen Machtbereich den Platz eines „brillant second“ einnehmen wolle; diese Aussicht schien ihm Grund genug, die zwar beschränkten, jedoch unleugbaren Möglichkeiten Frankreichs auszunutzen und schleunigst die „Lublinter“ statt der „Londoner“ Karte auszuspielen<sup>16</sup>.

Nach seiner Rückkehr wurde Fouchet von Bidault und de Gaulle empfangen. Seine Empfehlungen verfehlten anscheinend ihre Wirkung nicht, denn in einer symbolischen Geste übertrug Paris seine Anerkennung von der Londoner Exilregierung auf das Kabinett der Nationalen Einheit bereits am 29. Juni 1945, d. h. einige Tage vor den entsprechenden Schritten Londons und Washingtons<sup>17</sup>. Andererseits zeigte

<sup>14</sup> Ein wohl vollständiges Verzeichnis der bis 1984 erschienenen Arbeiten bringt R. Schreiner, Bidault, der MRP und die französische Deutschlandpolitik 1944–1948, Frankfurt/M. 1985.

<sup>15</sup> H. Alphand, L'étonnement d'être (Journal 1939–1973), Paris 1977; G. Bidault, D'une résistance à l'autre, Paris 1965; J. Dumaine, Quai d'Orsay (1945–1951), Paris 1955; J. Chauvel, Commentaire, I–III, Paris 1971–1973; P.-O. Lapie, De Léon Blum à de Gaulle. Le caractère et le pouvoir, Paris, 1971; R. Massigli, Une comédie des erreurs 1943–1956, Paris 1978. Roger Garreau hat keine veröffentlichten Erinnerungen hinterlassen.

<sup>16</sup> Ch. Fouchet, Mémoires d'hier et de demain. Au service du général de Gaulle, Paris 1971, S. 65 f., 74 f.

<sup>17</sup> Archives du Ministère des Affaires Étrangères (künftig zit.: AMAE), Série Europe, Pologne (künftig zit.: SEP), Z.-54, Bidault an Moskauer Botschaft, 26. 6. 1945.

die schon früher getroffene Wahl des Botschafters, daß die Leitung des Quai d'Orsay nicht geneigt war, in Warschau einen ihrer Spitzenbeamten zu akkreditieren: Roger Garreau war zwar professioneller Diplomat mit ansehnlicher Erfahrung (u. a. als Vertreter des Freien Frankreich in Moskau 1942–1945), seine Extratouren machten ihn jedoch zu einem der weniger beliebten Repräsentanten der neuen Leitung der Pariser Zentrale<sup>18</sup>. Gerade diese Tatsache sollte aber den polnischen Gesprächspartnern Garreaus noch monatelang unbekannt bleiben: Irrtümlich hielt man ihn für einen engen Mitarbeiter de Gaulles<sup>19</sup>, eine Täuschung, an der man um so lieber festhielt, als der französische Botschafter sofort auf betonte Distanz zu jeglicher antikommunistischer Opposition ging<sup>20</sup> und überdies keine Gelegenheit ausließ, das gemeinsame polnisch-französische Interesse an der Kontrolle Deutschlands zu betonen. Das etwas ungewöhnliche und mit Sicherheit wenig diplomatische Naturell Garreaus war für den Gang der Dinge nicht ohne Bedeutung, da die Nominierung von Stanisław Skrzyszewski zum polnischen Botschafter in Paris sich bald als eine krasse Fehlentscheidung erweisen sollte: Kommunist seit seinem 20. Lebensjahr, während des Krieges führend im sowjetischen Exil tätig, zeigte der Bildungsminister von 1944–1945 als Diplomat wenig Verhandlungsgeschick; seine Kleinlichkeit machte ihn zu einem am Quai d'Orsay nicht übermäßig gerne gesehenen Gast. Auch das übrige Botschaftspersonal bestand überwiegend aus Kommunisten mit geringster diplomatischer Erfahrung und einseitigen gesellschaftlichen Kontakten<sup>21</sup>, so daß in der Folgezeit die Verhandlungen zwischen beiden Regierungen fast ausschließlich in Warschau stattfinden konnten.

Die Ostabteilung des Politischen Departements des französischen Außenministeriums nahm bereits unmittelbar nach Potsdam jene Haltung ein, die sie dann zwei Jahre lang trotz aller Chancen und Avancen der polnischen Seite konsequent beibehalten sollte. In einer Bestandsaufnahme vom 4. August gingen die Osteuropaexperten zwar von der Annahme Fouchets aus, daß Frankreich weiterhin auf beträchtliche Sympathien in Polen rechnen könne; zugleich schlugen sie jedoch vor,

<sup>18</sup> Den geringen Stellenwert der Moskauer Vertretung in den Entscheidungsprozessen der Kriegszeit spiegelt die Darstellung von J. B. Duroselle, *L'Abîme*, Paris 1982.

<sup>19</sup> Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych (künftig zit.: AMSZ), „Charakterystyki ambasadorów“, o. D. (Herbst 1945). Die Vorschriften des Archivs gestatten die Zitierung der Archivsignaturen nicht. Dem Verf. wurde gestattet, Teile der Bestände des Politischen Departements und des Ministerbüros zu sichten.

<sup>20</sup> Anders verhielten sich nicht nur die Botschafter Großbritanniens und der USA, sondern auch der italienische Kommunist Eugenio Reale, der 1945/46 mehrmals mit Mikolajczyk zusammentraf und vergeblich versuchte, auf Kommunisten wie auf Opposition mäßigend einzuwirken. Vgl. dazu E. Reale, *Raporty Polska 1945–1946*, Paryż 1968.

<sup>21</sup> Die härteste Kritik an den Mißständen in der Botschaft formulierte Kazimierz Dębnicki (Mitglied der sozialistischen Partei) in der Denkschrift vom Sommer 1946 (Centralne Archiwum KC PZPR, 235/II/7, Anlage zum Sitzungsprotokoll der RN PPS vom 25. 8. 1946). Dębnicki nannte die Pariser Botschaft „die Vertretung unserer brüderlichen PPR an der Kommunistischen Partei Frankreichs“ und beschuldigte sie, fundamentale polnische Interessen zugunsten der Zusammenarbeit mit der KPF zu vernachlässigen.

angesichts der geringen Einflußmöglichkeiten lediglich eine kulturelle und wirtschaftliche „Politik der Präsenz“ zu betreiben. Weitergehende Schritte standen nicht zur Erwägung<sup>22</sup>. Im Archiv des Quai d'Orsay ist keine Instruktion zu finden, die Garreau mit der Aufgabe betraut hätte, Warschau hinsichtlich politischer Verhandlungen zu sondieren. Man darf daher vermuten, daß die vom Botschafter im September 1945 eingeleiteten Gespräche Ergebnis seiner persönlichen Frustration waren, zumal er seit Beginn seiner Mission die Überzeugung vertrat, in Polen einen wichtigen Partner künftiger französischer Annexionspolitik in Deutschland zu sehen. Einleitend versicherte Garreau dem Leiter der Westabteilung im polnischen Außenministerium, Dr. Tadeusz Chromecki<sup>23</sup>, daß die französische Außenpolitik der Nachkriegszeit „avant tout“ antideutsch sein werde. Dann kam der Botschafter auf das Schlüsselproblem der bilateralen Beziehungen zu sprechen: Zwar sei der Beistandspakt von 1921 als weiterhin rechtsgültig anzusehen, doch werde es weitaus zweckmäßiger sein, das betagte Dokument durch ein neues zu ersetzen<sup>24</sup>.

Die polnischen Gesprächspartner Garreaus wurden durch diese mehrmals vorgebrachten Ermutigungen sichtlich überrascht. Die etwas ungewöhnliche Frage, ob ein vor fast 25 Jahren geschlossenes Abkommen als verbindlich gelten könne, warf ja nicht nur völkerrechtliche Problem auf: Das Bündnis mit Frankreich hatte in polnischer Sicht 1939 kläglich versagt, und wenn eine Neuauflage der Allianz zwar prinzipiell erwünscht war, so konnte sie doch ohne eingehende Studien kaum in Angriff genommen werden – und solche Studien waren bisher nicht unternommen worden<sup>25</sup>. Vorläufig wartete Warschau den für Mitte September angesagten Besuch von Henri Frenay ab, der als Minister für Kombattantenfragen nach Polen kam.

Das Gespräch zwischen Frenay und dem stellvertretenden Außenminister Zygmunt Modzelewski (dem faktischen Leiter des Amtes) stiftete freilich eher Verwirrung als Klärung. Modzelewski suggerierte, daß „Polen gerne eine vollständige Inkorporation der Saar in Frankreich sehen würde“. Frenay – selber ein Gegner der de Gaulleschen Annexionspolitik<sup>26</sup> – übergab diese Bemerkung stillschweigend, was die polnischen Diplomaten zur irrtümlichen Schlussfolgerung verleitete, daß

<sup>22</sup> AMAE, SEP Z-54, „Note sur les relations franco-polonaises“, Direction Générale Politique, Europe, 4. 8. 1945.

<sup>23</sup> Dr. Tadeusz Chromecki gehörte zu jenen Beamten der Vorkriegszeit, die auch im neuen Außenministerium mit wichtigen Aufgaben betraut wurden. Der ehemalige Mitarbeiter von Beck, in der Kriegszeit im regierungstreuen Widerstand tätig, gehörte 1945 zu den Mitbegründern des neuen diplomatischen Dienstes und nahm als Leiter der Westabteilung und stellvertretender Direktor des Politischen Departements eine exponierte Stellung ein.

<sup>24</sup> AMSZ, Aufzeichnungen Chromeckis vom 10. und 14. 9. 1945.

<sup>25</sup> Das Ministerium befand sich zu diesem Zeitpunkt erst im Aufbau, da es bis Sommer 1945 nur wenige Mitarbeiter beschäftigt hatte. Die Frage, inwiefern Vorkriegsabkommen auch nach 1945 als verbindlich anzusehen sind, ist nie systematisch geklärt worden, so daß z. B. Modzelewski im Frühjahr 1947 auf der Gültigkeit des polnisch-britischen Bündnisses von 1939 bestehen wollte, das das Foreign Office als erfüllt und ausgelaufen betrachtete.

<sup>26</sup> Vgl. W. Lipgens, Innerfranzösische Kritik an der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946, in: VfZ 24 (1976), S. 136–198, hier S. 183.

Paris „auf diesem Gebiet keine Großmachtspolitik betreibt, sich vor Schwierigkeiten fürchtet und eher unter angelsächsischer Leitung agiert“. Der Gegenvorschlag Frenays verblüffte die Polen vollends: Der Franzose dachte laut über eine Auflösung der Besatzungszonen in Deutschland und die Internationalisierung der Besatzungsverwaltung nach, was angeblich die Polen aus der aktuellen Lage (in der sie „serrés par les Soviets comme dans une boîte de sardines“ leben) befreien und Verhandlungen um die Vertragserneuerung erleichtern würde. Überdies betonte Frenay die Parallelität der Interessen beider Länder in einem lebenswichtigen Punkt: Beide „befinden sich zwischen zwei Polen: dem angelsächsischen und dem sowjetischen. Sowohl Polen als auch Frankreich müssen danach streben, daß die Pole nicht miteinander kollidieren, und ihre Neutralität zwischen Ost und West bewahren“. An die Vision zweier Blöcke auf potentiellm Kollisionskurs knüpfte der französische Minister auch während des Abschiedsgesprächs beim Staatspräsidenten an. Bolesław Bierut wich einer konkreten Antwort aus<sup>27</sup>.

Die Eindrücke der Gastgeber Frenays waren zwangsläufig zwiespältig. Die weitläufigen Visionen des Franzosen kontrastierten auf unerklärliche Weise mit den konkreten Vorschlägen Garreaus, der zu diesem Zeitpunkt bereits überlegte, ob die Erneuerung des Bündnisses vor oder nach Abschluß des britisch-französischen Paktes stattfinden sollte<sup>28</sup>. Darüber hinaus erkannte man in Warschau sofort die Gefahren, die sich aus den Frenayschen Vorschlägen ergaben: Entweder, so überlegten die Diplomaten, versucht de Gaulle, einen Westblock aufzubauen, was für Warschau eine gänzlich reizlose Perspektive darstellte<sup>29</sup>, oder aber das Ziel des Generals besteht in der Bildung eines „Staatenblocks zwischen West und Ost“ unter der Führung Frankreichs; auch für dieses Ziel mit seinem penetranten Cordon-sanitaire-Geruch konnte man sich an der Weichsel nicht erwärmen<sup>30</sup>.

Unmittelbar nach dem Besuch Frenays – der ja kurze Zeit nach dem berühmten TIMES-Interview de Gaulles stattfand – verwarf der künftige Chef der Auslandsabteilung der PPR, Ostap Dłuski, die Idee des Westblocks. In unverkennbarer Anlehnung an die Kritik der *Izvestija* vom 14. September 1945 bezeichnete er den „Westblock“ als offen antisowjetisch, ein „altes Spiel der dunklen Kräfte der Reaktion, die sich nicht abfinden können mit der Forderung der Völker Europas und der Welt nach Fortschritt“<sup>31</sup>. Ähnlich dezidiert äußerte sich über die zweite Variante Modzelewski, auch er – wie Dłuski – Kommunist seit früher Jugend und langjähriges Mitglied der KPF und der Komintern. In den Gesprächen mit Frenay, erklärte Modze-

<sup>27</sup> AMSZ, Aufzeichnung über das Gespräch Frenay-Garreau-Modzelewski-Chromecki vom 19. 9.; Aufzeichnung Chromeckis über den Besuch Frenays bei Bierut, 25. 9. 1945.

<sup>28</sup> Ebenda, Aufzeichnung Chromeckis vom 21. 9. 1945; ausführlich referiert das Gespräch R. Liczmański, *Próby odnowienia polsko-francuskiego sojuszu politycznego w latach 1945–1947*, in: *Sprawy międzynarodowe* 1982/5, S. 121–136, hier: S. 125.

<sup>29</sup> AMSZ, Instruktion für die Botschaft in Paris, 17. 9. 1945; vgl. M. Naszkowski, *Paryż-Moskwa. Wspomnienia dyplomaty (1945–1950)*, Warszawa 1986, S. 95 f.

<sup>30</sup> Wie Anm. 27.

<sup>31</sup> „Głos Ludu“ (Zentralorgan der PPR) vom 22. 9. 1945, Leitartikel.



lewski in einer Unterrichtung polnischer Journalisten, „haben wir betont, daß wir uns in keinem Fall darauf einlassen, daß etwas versteckt bleibt, was Differenzen in unsere Beziehungen zur Sowjetunion bringen könnte“<sup>32</sup>. Die Mission Frenays – falls es überhaupt eine gewesen ist, denn der Minister kann schließlich genauso gut wie der Botschafter ohne Anweisungen seines Vorgesetzten gehandelt haben – endete somit ergebnislos.

Auch der nächste Impuls überraschte die Diplomaten auf beiden Seiten. In der Pressekonferenz vom 12. Oktober 1945 war es de Gaulle, der auf eine für ihn charakteristische vieldeutige Weise auf die Pakterneuerung einging: Frankreich, deklarierte der General, „a toujours été l'amie de la Pologne ... Les informations que nous avons sur ce pays, bien qu'elles soient assez rares, concourent toutes à nous faire sentir combien la masse de la nation polonaise est restée proche de notre nation. C'est un état d'esprit dont nous sommes fort heureux et dont nous espérons qu'il sera la base de nos rapports avec la Pologne nouvelle. Il est certain que la situation de fait rend actuellement malaisés des rapports pratiques entre les deux pays. Nous espérons que cette situation s'améliorera jusqu'à ce que nous puissions nous trouver, comme autrefois, en contacts réguliers et fraternels avec la nation polonaise.“ Auf die Frage, welche Gründe die Wiederbelebung der Allianz behinderten, reagierte de Gaulle scheinbar erstaunt: „Mais je vous ai dit tout à l'heure que nous étions des alliés de la Pologne. Nous l'avons toujours été. Nous le fûmes dans cette guerre. Je suis persuadé que si l'Allemagne reparaisait et attaquait soit l'Est, soit l'Ouest de l'Europe, la Pologne et la France se trouveraient ensemble dans le même camp.“<sup>33</sup>

Am Quai d'Orsay muß diese Äußerung Überraschung hervorgerufen haben. Schon seit einiger Zeit notierte man in Paris Sondierungen tschechischer Politiker aus dem Kreis von Eduard Benesch, die eine von ihnen angestrebte Brückenrolle der Tschechoslowakei zwischen Ost und West durch die Erneuerung des Bündnisses mit Frankreich realisieren wollten und in diesem Zusammenhang die Befürchtung äußerten, ein entsprechendes polnisch-tschechisches Abkommen könne eine französische Stellungnahme in den Grenzstreitigkeiten zwischen Prag und Warschau präjudizieren. Ende September hatte daher die Ostabteilung den Botschafter in Prag, Maurice Dejean, informiert, daß eine Erneuerung des Paktes von 1921 gegenwärtig nicht anstehe, da dieser noch immer gültig sei. „Eines Tages“, so die Instruktion, werde man vielleicht die Beziehungen zu Polen und der Tschechoslowakei neu ordnen müssen, wichtiger sei jedoch im Augenblick, daß gerade die Beziehungen zwischen den ehemaligen Ostverbündeten sich normalisierten. Der Botschafter solle in Prag versichern, daß keine französisch-polnischen Verhandlungen im Gange seien<sup>34</sup>; von den Gesprächen seines Botschafters in Warschau schien der Quai d'Orsay zu diesem Zeitpunkt noch nichts zu wissen.

<sup>32</sup> AMSZ, Vortragstext Modzelewskis vom 21. 9. 1945.

<sup>33</sup> Ch. de Gaulle, Discours et messages, Bd I: Pendant la guerre. Juin 1940–Janvier 1946, Paris 1970, S. 627–641.

<sup>34</sup> AMAE, SEP Z-54, Paris an Prager Botschaft, 26. 9. 1945.

Indessen begriff man die Äußerung de Gaulles in Warschau offenbar als Fortsetzung der französischen Sondierungen. Mitte Oktober formulierte Chromecki den Entwurf eines neuen Allianzpaktes, der in seinem § 1 als „réadaptation“ des Vertrages von 1921 bezeichnet wurde. Gemäß § 2 sollten sich beide Seiten zu gegenseitigen Konsultationen „sur toutes les questions de politique extérieure intéressant ces deux Etats“ sowie im Falle jeglicher „complications internationales“ verpflichten. § 3 stipulierte die beiderseitige Versicherung, eine neue deutsche Aggression verhindern zu wollen, und § 4 enthielt das Versprechen gegenseitiger Hilfe, wenn es zu einer solchen trotzdem kommen sollte. § 5 sah die reziproke Garantie der Grenzen mit Deutschland vor sowie die Erteilung der „l'appui le plus décidé au cas où un différend quelconque surgirait au sujet de leurs [Polens und Frankreichs] frontières respectives avec l'Allemagne“. Nach § 6 sollten beide Seiten keine gegen den Partner gerichtete Allianz eingehen, und § 7 postulierte für die Streitkräfte die Aufgabe, die Bestimmungen von § 2–4 durch detaillierte Abmachungen auszufüllen<sup>35</sup>. Der Vertragsentwurf stellte somit eine bilaterale Zusammenarbeit in Aussicht, wie sie zu diesem Zeitpunkt kaum enger gedacht werden konnte.

Der französische Geschäftsträger Jean de Beausse zeigte sich am 3. November reichlich überrascht, als Chromecki den Entwurf vorlegte<sup>36</sup>. Noch Ende Oktober waren seine Vorgesetzten in Paris davon ausgegangen, daß das Hauptproblem der bilateralen Beziehungen in den kommenden Monaten die Verstaatlichung ausländischen Vermögens in Polen sein werde (das Nationalisierungsgesetz war in Vorbereitung). Eine dem Minister vorgelegte Denkschrift schloß die Möglichkeit einer nicht näher definierten Hilfe für Polen zwar nicht gänzlich aus, beließ es aber hauptsächlich bei den vagen Formulierungen, in denen Fouchet die Perspektiven der Kontakte im Frühjahr definiert hatte<sup>37</sup>. Das „Projet Chromecki“ schuf nun eine vom Quai d'Orsay unerwartete neue Lage, und an der Reaktion von François Coulet, dem Leiter der Ostabteilung, läßt sich sogleich der Tenor der französischen Stellungnahmen ablesen: Coulet instruierte Garreau eindringlich, Modzelewski nicht nach Paris einzuladen, da der unvermittelte polnische Entwurf erst gründlich studiert werden müsse<sup>38</sup>.

Garreau handelte höchstwahrscheinlich ohne Wissen der Zentrale, als er zwei Wochen später in Warschau seine Gegenvorschläge zum polnischen Entwurf unterbreitete. Einleitend wies der Botschafter darauf hin, daß Frankreich unmöglich Großbritannien durch den vorzeitigen Abschluß eines Vertrages mit Polen verärgern könne. Dann ging er auf die im polnischen Projekt vorgesehene reziproke Grenzgarantie ein. Der Botschafter schlug vor, statt dieses Paragraphen ein Geheimprotokoll auszuarbeiten, das beide Seiten zur Unterstützung des Territorialprogramms des Partners verpflichten würde. Modzelewski und Chromecki begriffen sofort, daß der

<sup>35</sup> Ebenda, „Projet Chromecki“, dat. 15. 10. 1945.

<sup>36</sup> AMSZ, Aufzeichnung Chromeckis vom 3. 11. 1945.

<sup>37</sup> AMAE, SEP Z-54, „Note pour le ministre“, 29. 10. 1945.

<sup>38</sup> Ebenda, Coulet an Warschauer Botschaft, 7. 11. 1945.

Vorschlag eine entscheidende Modifizierung des Entwurfs bedeutete: Da Polen mehr besitzt, heißt es in der Aufzeichnung über das Gespräch, „d.h. die Verwaltung der Oder-Neiße-Linie, hingegen Frankreich nur den Wunsch hegt, die Saar zu besetzen und das Ruhrbecken zu internationalisieren“, wäre, so Chromecki, eine pure Grenzgarantie vom polnischen Standpunkt aus gesehen unzweckmäßig<sup>39</sup>.

Die Vorschläge Garreaus zeitigten somit Folgen, die kaum den ursprünglichen Absichten des Botschafters entsprachen. Im „Projet Chromecki“ wurde der Bezugspunkt der formellen Grenzgarantie nicht definiert, was eine elastische Interpretation dieses Paragraphen gestattete. Der Plan Garreaus nahm diesen Gedanken auf, verlegte aber die Stellungnahme zur Grenzfrage auf das unabsehbare Datum der Friedenskonferenz. Indirekt bedeutete dies, daß aus dem mehrdeutigen Paragraphen IXb der Potsdamer Beschlüsse gerade jenes Element herausgegriffen wurde, das in polnischer Sicht am wenigsten nützlich erschien, nämlich die Notwendigkeit der Bestätigung bzw. Absteckung der Westgrenze in einem Friedensvertrag. Da der im Potsdamer Text enthaltene Hinweis auf den provisorischen Charakter der Bestimmungen gegen elementare polnische Interessen verstieß, durfte der Vorschlag Garreaus bei seinen Gesprächspartnern kaum auf Zustimmung rechnen. Am 23. November wurde dem Botschafter der polnische Vertragsentwurf offiziell ausgehändigt. Da das Papier seine Vorschläge ignorierte, reagierte der Botschafter betont zurückhaltend; nun sollte Paris seine Haltung definieren<sup>40</sup>.

Die Ostabteilung des Quai d'Orsay bezog schon Ende November Stellung. Als grundsätzliches Argument gegen den Entwurf wies man auf den provisorischen Charakter der deutsch-polnischen Grenze hin sowie auf die negativen Stellungnahmen des polnischen Exils, das angeblich unmöglich übergangen werden könne. Darüber hinaus interpretierte man das Warschauer Projekt als einen von Moskau gelenkten Versuch, Frankreich den Westmächten zu entfremden und stattdessen in ein sowjetisch dominiertes Kontinentalsystem einzubeziehen. Auf dieses Spiel einzugehen, heißt es im Gutachten, würde die Beziehungen zu den angelsächsischen Mächten belasten. Möglicherweise sei gerade dieser Aspekt für Moskau entscheidend, das auch auf solchem Wege versuche, das Entstehen eines westlichen Bündnisses zu verhindern. Natürlich ließ sich diese Argumentation kaum in den Gesprächen mit Warschau verwenden. Deshalb schlug die Ostabteilung vor, die Gespräche fortzusetzen – „sans répondre favorablement à la demande polonaise de garantie“ – und den Polen zu versichern, daß man einer deutschen Aggression weiterhin entgegenarbeiten wolle: „il conviendrait d'agir sans précipitation en faisant comprendre aux négociateurs polonais que pour être durable et solide une telle alliance doit se fonder sur la pratique d'une amitié éprouvée.“ An diesem Punkt angelangt, sah die Ostabteilung eine ganze Reihe von Fragen, die dringender Klärung bedurften: Rückzahlung der polnischen Schulden, Entschädigungen für nationalisierten französischen Besitz, die Rückkehr zu „normalen“ kulturellen und wirtschaftlichen

<sup>39</sup> AMSZ, Aufzeichnung Chromeckis über das Gespräch Modzelewski-Garrau, 21. 11. 1945.

<sup>40</sup> Ebenda, Aufzeichnung Chromeckis vom 23. 11. 1945.

Beziehungen, Garantie der Belassung „unerläßlicher“ polnischer Arbeitskräfte in Frankreich, schließlich die Verbesserung der Beziehungen zwischen Warschau und Prag. Erst nach Beseitigung dieser potentiellen Streitpunkte sei an politische Verhandlungen zu denken<sup>41</sup>.

Wenn in der zitierten Aufzeichnung für Bidault eine Reihe von Bedingungen aufgestellt wurden, die den Abschluß der Gespräche in eine ferne Zukunft verlegten, so bezweifelte ein zwei Tage später angefertigtes Gutachten über den polnischen Entwurf nicht nur den Sinn der Verhandlungen, sondern auch deren bisher einzige Grundlage. Dem „Projet Chromecki“ wurde vorgeworfen, daß es weiter gehe als der französisch-sowjetische Vertrag vom Dezember 1944 und die Charta der Vereinten Nationen außer Acht lasse. Als weiteres Argument gegen den Entwurf wurde die französische Haltung zu den Potsdamer Beschlüssen angeführt: Gegenwärtig, so hieß es in dem Gutachten, sei die Nichtanerkennung der Entscheidungen vom August 1945 ein grundsätzliches Prinzip französischer Außenpolitik. Und wenn man im speziellen Fall der Oder-Neiße-Linie die Berechtigung des Beschlusses auch nicht abstreiten würde, könne Paris unmöglich die Garantie einer Grenze aussprechen, die von den Großmächten selbst noch nicht bestätigt worden sei. Abschließend schlug die Ostabteilung vor, angesichts des mangelnden Interesses der französischen Seite am raschen Abschluß eines Vertrages den polnischen Unterhändlern anzudeuten, daß die internationale Lage sich geändert habe: Deutschland stelle nunmehr – im Gegensatz zu 1944 – keine Gefahr mehr dar<sup>42</sup>.

Beide Stellungnahmen ließen keinen Zweifel daran, daß die französischen Ostexperten jede Ausweitung der politischen Verbindungen mit Polen auch in Zukunft ablehnen würden. Man darf vermuten, daß der wichtigste Grund für diese Haltung im letzten Absatz des oben zitierten Gutachtens zu finden ist: Vor allem sollte die Wiederholung des Fehlers vom Dezember 1944 vermieden werden, als der Versuch de Gaulles, Großbritannien und die USA durch den Moskauer Vertragsabschluß unter Druck zu setzen, mit einem vollständigen Fiasko und der Absenz Frankreichs in Jalta und Potsdam geendet hatte. Diesmal sollte die Aufwertung der Position Frankreichs auf dem umgekehrten Weg der engen Zusammenarbeit mit dem Westen gesucht werden.

Indessen bewies die erste Runde der Ruhrverhandlungen in London, Washington und Moskau, daß die Großen Drei auf die französischen Pläne nicht eingehen würden. Maurice Couve de Murville, Hervé Alphand und Jean Chauvel konnten in London und Washington nicht einmal einen nennenswerten Teilerfolg erzielen, da die angelsächsischen Experten das Konzept der ökonomischen und strategischen Aussonderung der Ruhr mehr oder minder eindeutig als Hirngespinnst abtaten. In Moskau scheiterten Alphand und Georges Catroux an der Unmöglichkeit, Molotow ein Projekt schmackhaft zu machen, das schon auf den ersten Blick gegen

<sup>41</sup> AMAE, SEP Z-54, „Note pour le ministre“, 26. 11. 1945.

<sup>42</sup> Ebenda, S/Direction de l'Europe Orientale, 28. 11. 1945.

sowjetische Interessen verstieß<sup>43</sup>. Im Ergebnis der deprimierenden Verhandlungen zeichnete sich Ende 1945 einmal mehr ab, daß die hochtrabenden Pläne der restauration de la grandeur de la France durch eine eigenwillige Deutschlandpolitik – das Kernstück de Gaullescher Strategie – eine nur innenpolitisch produktive Utopie darstellten. Die gelegentlich geradezu lächerlich gemachten französischen Diplomaten reagierten, indem sie das – wohl nie zu Ende gedachte – Konzept der Neuaufgabe Pariser Ostpolitik torpedierten. Der Kampf des Quai d'Orsay hatte allerdings erst angefangen: In seiner Instruktion für Garreau schloß sich Bidault zwar den Argumenten der Ostabteilung an, betonte jedoch, daß diese nicht „limitatives“ seien; Modzelewski solle doch nach Paris eingeladen werden<sup>44</sup>.

In Warschau verbreitete Garreau weiterhin Illusionen. Im Dezember fabulierte der Botschafter über das künftige Vertragsnetz Frankreichs mit Polen, Jugoslawien und der Tschechoslowakei, wobei er seiner Verwunderung darüber Ausdruck gab, daß Polen die Pariser Pläne bezüglich des Rheinlands bislang nicht unterstützt habe<sup>45</sup>. Modzelewski antwortete in einem Interview für das Zentralorgan der PPR, in dem er einmal mehr von der Notwendigkeit der Erneuerung des Bündnisses und von der Unterstützung Polens für die französischen Deutschlandpläne sprach<sup>46</sup>. Im Januar 1946 betonte Ministerpräsident Edward Osóbka-Morawski (PPS) die gemeinsamen Erfahrungen der Vergangenheit und versicherte, daß Warschau die „berechtigten Forderungen Frankreichs hinsichtlich seiner Sicherheit am Rhein“ unterstützen werde<sup>47</sup>.

Am 13. Januar 1946 trafen Modzelewski und Bidault am Rande der UN-Tagung in London zusammen. In einem „langen und herzlichen Gespräch“ fanden sie eine Formel, die weitere Verhandlungen nicht von vornherein zum Scheitern verurteilte: Statt Vertragserneuerung sollte jetzt die Ausarbeitung einer gemeinsamen „politischen Deklaration“ angestrebt werden. Während des Besuchs des stellvertretenden polnischen Außenministers in London im Februar wurde dann vereinbart, daß der Abschluß der Verhandlungen durch einen offiziellen Besuch Modzelewskis aufgewertet werden sollte<sup>48</sup>.

Die ersten Monate des Jahres 1946 brachten in der außenpolitischen Lage Frankreichs und Polens keine wesentlichen Veränderungen. Die französische Deutschlandpolitik basierte weiterhin auf der Obstruktion im Alliierten Kontrollrat, die von Bevin mit weit weniger Geduld aufgenommen wurde als vom State Department. Die britisch-französischen Verhandlungen brachten trotz der Bemühungen des neuen Ministerpräsidenten Félix Gouin keine Fortschritte; im Juni trat Chauvel als wahr-

<sup>43</sup> Siehe dazu Schreiner, Bidault, S. 56–65.

<sup>44</sup> AMAE, SEP Z-54, Bidault an Garreau, 12. 12. 1945.

<sup>45</sup> AMSZ, Aufzeichnungen Chromeckis vom 13. und 17. 12. 1945.

<sup>46</sup> W. T. Kowalski, *Polityka zagraniczna PR 1944–1947*, Warszawa 1971, S. 97.

<sup>47</sup> *Sprawozdanie stenograficzne z posiedzeń Krajowej Rady Narodowej, sesja IX w dn. 29., 30., 31. 12. 1945 oraz w dn. 2 i 3 I 1946 r.*, Warszawa 1946, Sp. 24.

<sup>48</sup> AMAE, SEP Z-54, Notiz vom 13. 1. 1946; ebenda, „Note pour le président du gouvernement“, 3. 4. 1946; Liczmański, *Rozmowy*, S. 128.

scheinlich erster Spitzenbeamter des Quai d'Orsay an den amerikanischen Botschafter mit der Andeutung heran, Paris könne bereit sein, von weitergehenden deutschlandpolitischen Zielen abzurücken und die Teilung Deutschlands hinzunehmen<sup>49</sup>. In Zukunft sollte sich diese verdeckte Desavouierung Bidaults als probater Ausweg aus dem unlösbaren Dilemma erweisen; freilich war im Augenblick ein radikaler Kurswechsel innenpolitisch nicht vertretbar.

Auch die polnische Außenpolitik fand sich im Frühjahr 1946 mit unlösbaren Schwierigkeiten konfrontiert. Die Kreditverhandlungen mit den USA erwiesen sich als ähnlich schwierig wie die Finanzgespräche mit London: Der amerikanische Kredit kam Ende April zwar zustande, wurde jedoch sogleich für zwei Monate suspendiert<sup>50</sup>, die Ratifizierung des polnisch-britischen Finanzabkommens vom Foreign Office sogleich nach der Unterzeichnung für fast ein Jahr ausgesetzt<sup>51</sup>. In Prag scheiterte eine hochrangige polnische Delegation im Februar an der Aufgabe, einen Kompromiß in der Frage des Teschener Schlesiens auszuhandeln, worauf die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern abermals eingefroren wurden. Schließlich zeigte sich die polnische Militärmission in Berlin in ihren ersten Berichten (Februar–April 1946) von der Virulenz der revisionistischen Propaganda, ihrem antipolnischen Schwerpunkt und der Reaktionslosigkeit der angelsächsischen Besatzungsbehörden überrascht<sup>52</sup>. In diesem Kontext stellte der polnisch-jugoslawische Bündnisvertrag vom 18. März den einzigen Lichtblick in der Bilanz der ersten Monate des Jahres 1946 dar.

Vor diesem Hintergrund begann im März die nächste Runde der polnisch-französischen Verhandlungen. Vorausgegangen war ihr auf Pariser Seite eine längere Abhandlung über den geschichtlichen Hintergrund der Beziehungen, die an die wichtigeren französischen Auslandsvertretungen abgesandt worden war. Die Verfasser der Denkschrift versuchten, die These vom verhängnisvollen Einfluß Polens auf die moderne französische Geschichte zu beweisen: Schon Napoleon I. habe 1813 im Namen der Rettung Polens vor der Vierten Teilung auf einen sonst durchaus

<sup>49</sup> Als Beleg für einen Kurswechsel der französischen Deutschlandpolitik wertet diese Aussage H. Graml, *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*, Frankfurt/M. 1985, S. 167 f.; vgl. dazu Schreiner, Bidault, S. 102 f., sowie Chauvel, *Commentaire* (wie Anm. 15), Bd. II, *D'Alger à Berne 1944–1952*, Paris 1972, passim, hier bes. S. 165.

<sup>50</sup> Siehe dazu Lukas, *Bitter Legacy*, S. 49–53; Zyblikiewicz, *Polityka*, S. 246–252.

<sup>51</sup> Das Foreign Office versuchte damit vergeblich, dem amerikanischen Kurs der finanzpolitischen Pressuren zu folgen. Die Maßnahme löste eine Reihe von heftigen Angriffen der polnischen Presse aus, in denen die – als unmoralisch angeprangerte – Suspendierung des Abkommens durch den ehemaligen Verbündeten mit der Haltung Moskaus konfrontiert wurde, das im Mai 1946 auf die Rückzahlung der polnischen Kriegsschulden verzichtet hatte.

<sup>52</sup> AMSZ, Monatsberichte der Polnischen Militärmission. Die ersten Kontroversen mit den britischen Gastgebern fanden bereits im Januar 1946 statt; im April versuchte der Leiter der polnischen Mission, Dr. Jakub Prawin, Robert Murphy zum Einschreiten gegen deutsche Zeitungen zu bewegen, welche die neuen polnischen Westgebiete als von Polen „verwaltet“ bezeichneten; Murphy antwortete, indem er eine Kopie des § IXb der Potsdamer Beschlüsse an Prawin schickte („as of possible interest“).

erreichbaren Friedensvertrag verzichtet. Ähnlich unheilvoll sei die Rolle Polens 1870 gewesen, als Napoleon III. den mächtigen russischen Verbündeten durch sein Engagement für die geteilte polnische Nation vergrämt habe. In der Zwischenkriegszeit habe dann Paris vergeblich Warschau zur Besinnung aufgerufen, um 1938 an dem polnischen Aggressionswillen (Tschechoslowakei) und ein Jahr später an ebenso verderblicher polnischer Intransigenz (Moskauer Verhandlungen im Sommer 1939) zu scheitern. Gegenwärtig, schloß die Denkschrift, seien die Interessen beider Länder zwar parallel, eine eventuelle politische Bindung sollte jedoch erst nach dem Abschluß von Wirtschafts- und Kulturabkommen erfolgen. Um Bestand zu haben, müßten aber die diesbezüglichen Verhandlungen „detailliert“ sein<sup>53</sup>.

Die unmißverständliche Abneigung des Quai d'Orsay gegen politische Verhandlungen mit Warschau konnte freilich die Wiederaufnahme der Verhandlungen nicht verhindern, zumal Bidault persönlich die Chancen des ostpolitischen Spiels wesentlich optimistischer beurteilte<sup>54</sup>. Am 26. März 1946 erläuterte Modzelewski dem französischen Botschafter den polnischen Entwurf einer politischen Deklaration, welche die „enge Solidarität“ und den Willen zum gemeinsamen Handeln bestätigen sollte. „Polen hat keine Großmachtallüren“, erklärte der stellvertretende Außenminister, „dennoch glaubt es, in allen Deutschland betreffenden Fragen konsultiert werden zu sollen ... Die Geographie können wir nicht ändern: Das deutsche Problem wird immer zwischen Polen und Deutschland kreisen. Deutschland kann manövrieren – erst Polen oder zuerst Frankreich angreifen, aber im Endergebnis wird sich immer herausstellen, daß Polen und Frankreich einen gemeinsamen Feind haben: Deutschland.“ Den Kernpunkt des Deklarationsentwurfs bildete die beiderseitige Verpflichtung zu Konsultationen in deutschen Angelegenheiten; Modzelewski ging von der Vorstellung aus, daß die Deklaration schon Mitte April unterzeichnet werden könne<sup>55</sup>.

Der Optimismus des stellvertretenden Außenministers scheint auch die Leitung der PPR und den Außenminister überzeugt zu haben, denn am 3. oder 4. April wurde der Entwurf dem Ministerrat vorgelegt<sup>56</sup>. Dem Bericht Mikołajczyks zufolge vertrat Modzelewski jetzt den Standpunkt, daß das Bündnis von 1921 als ungültig anzusehen sei („wegen des Krieges und seiner Nichterfüllung“). Die projektierte Deklaration würde hingegen Polen in den Kreis jener Staaten einbeziehen, „die über die deutsche Frage entscheiden“. Mikołajczyk sprach sich gegen das Projekt

<sup>53</sup> AMAE, SEP Z-54, „Note au sujet des rapports politiques franco-polonais“, 11.3.1946.

<sup>54</sup> Vgl. Schreiner, Bidault, S.195.

<sup>55</sup> AMSZ, Aufzeichnung Chromeckis vom 26.3.1946; AMAE, SEP Z-54, Garreau an Paris, 27.3.1946.

<sup>56</sup> Aus den Akten des Ministerrats im Archivum Akt Nowych (künftig zit.: AAN) geht hervor, daß die Kabinettsitzung am 4. April stattgefunden hat. In der Niederschrift über die Sitzung, deren Unzuverlässigkeit auf den ersten Blick nicht größer scheint als die der übrigen Kabinetts-„protokolle“, fehlt jedoch jeder Hinweis, daß die Frage der Deklaration diskutiert worden wäre. Die Aufzeichnung vom 4. April ist aber deckungsgleich mit dem zweiten Teil des Berichts Mikołajczyks vor der Leitung des PSL am 3. April, der sich ausdrücklich auf „die heutige Sitzung des Präsidiums des Ministerrates“ bezieht.

der Deklaration aus (da „das polnisch-französische Bündnis gültig ist, da die Deklaration auf das Bündnis verzichtet, aber nichts Konkretes bringt“), der Oppositionsführer unterstützte aber die Idee der polnischen Beteiligung an deutschlandpolitischen Entscheidungen. Der Einspruch des stellvertretenden Ministerpräsidenten wurde wie gewöhnlich von der Mehrheit der Sitzungsteilnehmer stillschweigend übergangen<sup>57</sup>.

Am 5. April sandte Garreau den Entwurf der Deklaration nach Paris. Der Schlüsselsatz hatte folgenden Wortlaut: „Dans le but de prévenir la menace d'une nouvelle agression allemande et de garantir les frontières légitimes entre la Pologne et l'Allemagne d'une part, la France et l'Allemagne d'autre part, ce qui serait le moyen le plus efficace d'assurer une paix durable en Europe, les deux Gouvernements se communiqueront mutuellement leurs informations sur toutes matières concernant l'Allemagne et dans les cas les plus importants coordonneront leur conduite à l'égard de celle-ci.“<sup>58</sup> Wahrscheinlich war es die sehr weitläufige Fassung der Grenzfrage, die dazu führte, daß die erste Pariser Reaktion auf den polnischen Vorschlag ausnahmsweise nicht negativ ausfiel: In der Aktennotiz für den Ministerpräsidenten hob das Außenministerium hervor, daß Warschau auf die Klausel über die gegenseitige Hilfe verzichtet und die Grenzgarantie genügend elastisch formuliert habe<sup>59</sup>. Als aber – auf Drängen Garreaus – Couve de Murville am 18. April die neue Instruktion für den Botschafter in Warschau unterzeichnete, stellte sich heraus, daß der französische Gegenvorschlag trotzdem grundlegend vom polnischen abwich. Das Pariser Papier, erläuterte Couve de Murville, „ne fait mention ni d'une garantie réciproque de frontières avec l'Allemagne ni d'une coordination de la politique des deux gouvernements à l'égard de ce pays“, da derartige Verpflichtungen dem polnischen Vorschlagsentwurf allzu sehr ähnelten und aus denselben Gründen wie vor einem halben Jahr verworfen werden mußten. Im Grunde gingen die Gegenvorschläge noch weiter, als in der Instruktion zugegeben wurde: gestrichen wurde der Passus über Konsultationen, eingeführt hingegen die Formel, daß die deutschen Ost- und Westgrenzen erst „etabliert“ werden sollten<sup>60</sup>. Der Quai d'Orsay ließ nichts unversucht, um weitere Gespräche hinfällig zu machen<sup>61</sup>, und zwar nicht nur mit Polen: Als der beunruhigte tschechische Botschafter sich über den Stand der polnisch-französischen Beziehungen erkundigte und auf die Erneuerung des Bündnisvertrages mit Prag drängte, spielte Coulet diese Frage herunter, indem er betonte, daß die bisherige

<sup>57</sup> Bericht Mikołajczyks vor dem NKW PSL, zit. nach *Polskie Stronnictwo Ludowe w latach 1945–1947 (dokumenty)*, przygotował do druku W. Bartoszewski, Warszawa 1981, S. 74.

<sup>58</sup> AMAE, SEP Z-54, Garreau an Paris, 5. und 6. 4. 1946.

<sup>59</sup> Ebenda, „Note pour le président du gouvernement“, 3. 4. 1946. Der Autor des Aktenvermerks stützte sich wahrscheinlich auf den Text, den er von der polnischen Botschaft in Paris erhalten hatte.

<sup>60</sup> Ebenda, Paris an Garreau, 18. und 20. 4. 1946.

<sup>61</sup> Dies schien auch Garreau langsam zu merken. Am 18. 4. schrieb er an Bidault: „J'attache le plus grand prix à connaître le plus tôt possible les intentions de [Votre Excellence] (...) je suppose que l'Ambassadeur de Pologne à Paris après s'être entretenu de la question avec le Département a transmis à Varsovie des indications [qui me] font défaut“. Am 19. 4. versicherte Couve de Murville den polnischen Botschafter, daß der französische Vorschlag keine nennenswerten Änderungen impliziert; AMAE, SEP Z-54.



gen Gespräche lediglich der Ausarbeitung einer gemeinsamen Deklaration dienen; gleichzeitig informierte man die Polen, daß der Besuch Modzelewskis in Paris erst nach Abschluß der Außenministerkonferenz stattfinden könne<sup>62</sup>.

Obwohl der ursprünglich anvisierte Termin der Unterzeichnung der Deklaration Mitte April ereignislos verstrichen war, wagte sich Warschau einen weiteren Schritt vorwärts. Während der X. Sitzung des Nationalrates ging Modzelewski öffentlich auf die Verhandlungen und ihre Zielsetzung ein. Seine Rede vom 28. April ist um so bedeutender, als sie eine der wenigen Grundsatzserklärungen zur polnischen Außenpolitik der Übergangsperiode darstellt. Erstens, so erklärte der stellvertretende Außenminister, sei der Abschluß des Bündnisvertrags zwischen Polen und Jugoslawien keineswegs als Etappe auf dem Weg zur Schaffung eines sog. „slawischen Blocks“ zu verstehen, da Polen sich prinzipiell gegen die Bildung jeglicher Blöcke einsetze, weil diese die Gefahr der Teilung der Welt in antagonistische Mächtegruppierungen heraufbeschwören. Als Beispiel der Überwindung derartiger Gefahren wies Modzelewski dann auf die Beziehungen zwischen Paris und Warschau hin. Die Erfahrungen der Vergangenheit seien für beide Seiten gleich verpflichtend, die direkte Verknüpfung ihrer Sicherheitsansprüche mehrfach bewiesen worden: „... die Grenze des Friedens und der Sicherheit nicht nur unserer Länder, sondern auch der ganzen Welt verläuft an Oder und Rhein“. Polen betrachte die Bemühungen Frankreichs, die aus seinem Sicherheitsbedürfnis resultierten, mit „vollem Verständnis und Sympathie“. Im Folgenden zeichnete Modzelewski ein optimistisches Bild der internationalen Beziehungen Polens, wobei er insbesondere die Notwendigkeit der Fortsetzung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit im Kontext der überraschend schnellen Renaissance des deutschen Grenzrevisionismus betonte. Die Rede fand die ungeteilte Zustimmung aller Parteien; der Vertreter der PSL hob hervor, das Exposé Modzelewskis sei von seiner Fraktion mit „echtem Wohlwollen“ aufgenommen worden<sup>63</sup>. Diese Einmütigkeit sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß heutige Historiker die Erklärung vom 28. April ergebiger finden, als dies die Zeitgenossen taten: Gerade die X. Sitzung des Nationalrates verlief im Zeichen heftigster Attacken der Kommunisten gegen die Bauernpartei, der immer wieder augenfällig unparlamentarische Stil der Auseinandersetzungen zeigte mit aller Deutlichkeit, daß der fragile Consensus vom Sommer 1945 in der Auflösung begriffen war<sup>64</sup>. Der außenpolitische Teil der Verhandlungen des Provisorischen Parlaments trat in allen Kommentaren der Presse notgedrungen hinter diese Tatsache zurück.

Die Gespräche über die polnisch-französische Deklaration nahmen ihren weiteren Gang. Modzelewski insistierte gegenüber Garreau darauf, daß die Grenzen mit

<sup>62</sup> Ebenda, Paris an Prag über das Gespräch Coulet-Nosek, 24. 4.; Bidault an Garreau, 26. 4.; Paris an Washington, Moskau und London mit beschwichtigenden Erläuterungen über den Stand der Verhandlungen, 27. 4. 1946.

<sup>63</sup> Sprawozdanie stenograficzne . . . , sesja X, Sp. 361–397.

<sup>64</sup> Zur innenpolitischen Lage im Frühjahr 1946 siehe vor allem Kersten, *Narodziny systemu*, Kap. VI, sowie T. Marczak, *Propaganda polityczna stronnictw przed referendum z 30. 6. 1946 r.*, Wrocław 1986.

Deutschland als „légitimes“ bzw. „équitables“ bezeichnet und die Konsultationsklausel beibehalten werden müßten. Der neue polnische Vorschlag, in dem die Grenzen als „justes“ bezeichnet wurden, erreichte Paris am 2. Mai<sup>65</sup>. Indessen hatten die polnischen Unterhändler ihre etwaigen Chancen auf eine Modifizierung der französischen Haltung eingebüßt: Allzu deutlich erkennbar war das Streben Modzelewskis nach einem möglichst schnellen Abschluß der Gespräche, allzu oft insistierte er auf einer Einladung nach Paris. Schon am 3. Mai sprach sich die Ostabteilung gegen den neuen polnischen Vorschlag aus. Im Adjektiv „justes“ sah man nun eine unnütze Einengung des französischen Spielraums auf der künftigen Friedenskonferenz und die Gefahr von diplomatischen Verwicklungen mit London und Washington (wo man gerade einmal mehr über einen wichtigen Kredit verhandelte). Da der polnische Vorschlag eine unverbindliche Absichtserklärung in eine handfeste Verpflichtung verwandeln würde, sprach sich das Außenministerium gegen eine Diskussion über den Entwurf aus. Bemüht wurde diesmal das gänzlich neue Argument, die Verbindung mit Polen könne nur im Falle einer zusätzlichen Absicherung durch Moskau Nutzen bringen, da andernfalls die Wiederholung der Situation vom Sommer 1939 drohe. Darüber hinaus könne die Konsultationsklausel von Prag und Belgrad als Präzedenzfall mißbraucht werden. Alle diese Einwände sprachen gegen ein Abrücken Frankreichs von der bisherigen Position<sup>66</sup>. Am 9. Mai informierte Paris die Botschaft in Warschau, daß ein Besuch Modzelewskis in der nächsten Zeit nicht stattfinden könne. Am 17. Mai wiederholte Bidault in der Instruktion für Garreau die Argumente seiner Beamten. Im letzten Punkt der Anweisung sprach der Minister ohne Umschweife aus, was dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen überdeutlich herauszulesen war, daß nämlich der Vertrag von 1921 ausgehandelt worden sei unter „les conditions très différentes des conditions actuelles, il n'est plus actuellement applicable, et que nous n'avons aucun intérêt à le faire revivre“<sup>67</sup>. Zum dritten Mal innerhalb eines halben Jahres schlug Paris die Möglichkeit einer gegen Deutschland gerichteten Verbindung mit Polen ab.

Die Berichte über die Verhandlungen fanden die Aufmerksamkeit der französischen Botschafter in Moskau, Prag und London. Nur Catroux stimmte der Idee einer polnisch-französischen Deklaration zu. Dejean betonte einmal mehr den kritischen Stand der Beziehungen zwischen Prag und Warschau und die damit verbundene Gefahr einer vermeintlichen Benachteiligung der Tschechoslowakei<sup>68</sup>. Am ausführlichsten motivierte seine Ablehnung weiterer Verhandlungen der Botschafter in London. Warschau, schrieb René Massigli, dränge offensichtlich auf die Unterzeichnung eines Dokuments, das Frankreich keine Vorteile bringe. Polen sei Frankreich schon in der Zwischenkriegszeit ein unerfreulicher Verbündeter gewesen.

<sup>65</sup> AMSZ, Aufzeichnung über das Gespräch Modzelewski-Garreau, 29. 4. 1946; AMAE, SEP Z-54, Garreau an Paris, 27. 4., 30. 4.; Aktennotiz vom 2. 5. 1946.

<sup>66</sup> Ebenda, „Réflexions rapides“, 3. 5. 1946.

<sup>67</sup> Ebenda, Aktennotiz der Ostabteilung, 8. 5.; Paris an Garreau, 9. 5. und 17. 5. 1946.

<sup>68</sup> Ebenda, Catroux an Paris, 24. 5.; Dejean an Paris, 20. 5. 1946.

„Dans la position difficile où se trouve ce pays, traditionnellement sans frontières, nous ne pouvons d'ailleurs attendre qu'il poursuive aujourd'hui une politique plus rectifiante que celle qu'il a suivie dans le passé. L'amitié polonaise, comme l'amitié italienne à laquelle elle ressemble à tant d'égards, n'est pas de celles auxquelles il convient de trop sacrifier“, und gerade dies würde ein positiver Abschluß der Gespräche erfordern. Die Abwesenheit Frankreichs in Potsdam, mahnte Massigli, habe viele Nachteile nach sich gezogen, nichtsdestoweniger „elle a eu du moins l'avantage de ne nous donner aucune responsabilité dans la décision imprudente qui a fixé à l'Oder les frontières de la Pologne“. Angesichts der Ruhrverhandlungen könne es sich Paris nicht leisten, in der peripheren Frage der polnischen Westgrenze eine andere Haltung einzunehmen als London. Wie solle man sich verhalten, wenn Warschau nach Unterzeichnung der Deklaration Brückenköpfe westlich der Oder verlange? Habe der Quai d'Orsay die Möglichkeit einer deutsch-sowjetischen Verständigung einkalkuliert, die auf die Rückgabe einiger Gebiete östlich der Oder an Deutschland hinauslaufen könne? Wie wolle man den Prager Territorialansprüchen gegenüber Polen begegnen? Diesen Fragen folgte „une considération de principe“: In München habe Frankreich für seine Politik antideutscher Garantien, die an schwächere Partner erteilt worden waren, teuer bezahlt; die Verbindung mit Polen eröffne den Weg zur Neuauflage derselben Fehler. Sofern nämlich ein Vertrag mit Großbritannien oder der Sowjetunion „signifie quelque chose“, so bringe ein ähnliches Abkommen mit Polen oder der Tschechoslowakei nichts „que des risques sans contrepartie“; antideutsche Bindungen sollten nur mit Großmächten oder mit Nachbarstaaten eingegangen werden, auf keinen Fall aber mit entfernten und machtlosen Partnern, auf deren Schicksal Frankreich ohnehin keinen Einfluß haben könne<sup>69</sup>.

Die Denkschrift Massiglis ist wohl die ausgereifteste Stellungnahme gegen die Wiederbelebung der Ostpolitik der Zwischenkriegszeit, die im Zuge der polnisch-französischen Verhandlungen formuliert wurde. Es ist mehr als ein Paradoxon, daß unter den grundlegenden Einwänden ideologisch gefärbte Argumente nicht zu finden sind. Die Tatsache, daß der Botschafter sich einen rein machtpolitischen Gesichtspunkt zu eigen machte und schon in diesem eng gezogenem Rahmen keine Chancen für eine Rückkehr Frankreichs zur alten Rolle in Ostmitteleuropa sah, zeigt vielmehr, in welchem Maße die Zerstörung des Systems der Zwischenkriegszeit den Weg in den Kalten Krieg geebnet hatte. Das Versagen Paris' als ordnungspolitische Macht in Südost- und Ostmitteleuropa – auf diesen Punkt zielte im Grunde die gesamte Argumentation Massiglis ab – mußte ein Vakuum schaffen, in das nur die Sowjetunion vorrücken konnte. Die Genesis der „doppelten Eindämmung“<sup>70</sup> verdient wohl auch unter diesem Aspekt weitere Forschungen.

<sup>69</sup> Ebenda, Massigli an Paris, 17. 5. 1946. Bereits während des Krieges hatte sich Massigli als prononciert Anhänger einer engen Zusammenarbeit mit Großbritannien hervorgetan; vgl. Duroselle, *L'Abîme*, S. 475 f.

<sup>70</sup> Vgl. die Thesen von W. Loth, *Die doppelte Eindämmung. Überlegungen zur Genesis des Kalten Krieges*, in: *Historische Zeitschrift* 238 (1984), S. 611–631, der die Schwäche der europäischen

Freilich spielte in den Pariser Überlegungen des Frühjahrs 1946 nicht nur der machtpolitische Ansatz eine bedeutende Rolle. Die Ostabteilung des Quai d'Orsay machte geltend, daß das Drängen Warschaws auf eine möglichst baldige Unterzeichnung der Deklaration aus der offensichtlichen Verschärfung der innenpolitischen Lage in Polen zu erklären sei. Die polnische Regierung werde wahrscheinlich auch auf einen keineswegs vorteilhaften französischen Vorschlag eingehen, da der potentielle Propagandaeffekt im Augenblick höher bewertet werde als der tatsächliche Nutzen, der aus der Deklaration gezogen werden könne<sup>71</sup>. Diese Einschätzung rief eine abermalige Warnung Massigli's hervor, der diesmal auf einen sofortigen Abbruch der Gespräche drängte, damit deren Fortsetzung nicht eine verständliche Vergrämung der Westmächte verursache<sup>72</sup>.

Es gehört mit zur Spezifik der Übergangsperiode, daß gerade diese – auf den ersten Blick durchaus plausibel scheinende – Befürchtung des Botschafters im Lichte der britischen Akten als weitgehend gegenstandslos zu betrachten ist. In London wurde die unerwartete Nachricht von den polnisch-französischen Gesprächen anfangs bagatellisiert<sup>73</sup>. Später setzte sich im Foreign Office die Meinung durch, daß die Angelegenheit allzu delikat sei, um ihretwegen in Paris vorstellig zu werden<sup>74</sup>. Als Ende Juni/Anfang Juli die Unterzeichnung der Deklaration unmittelbar bevorzustehen schien, rieten sowohl Ost- als auch Westexperten zur Zurückhaltung. Der Chef des Northern Department, Robin M.A. Hankey, meinte resignativ, für alle Gegenmaßnahmen sei es bereits zu spät. Die angestrebte Deklaration aber „corresponds so much with the fundamental interests of the two countries that I do not think we should be well advised to discourage them in spite of the undoubted use which the present regime in Poland will make of it . . . we should be ourselves in a false position if we tried to counter it“<sup>75</sup>. Auf der Gegenseite sah Sir Anthony Rumbold keine Gefahren für die britische Frankreichpolitik, da ein Abgleiten des Partners nach Osten grundsätzlich unmöglich sei, die Stärkung des französischen Selbstvertrauens aber definitiv im britischen Interesse liege. Trotz einiger Vorbehalte anderer Beamter folgte die Instruktion des Foreign Office den Gedankengängen von Hankey und Rumbold. London zeigte sich wenig beglückt über die Entwicklung, wollte jedoch in der Sache selbst nichts unternehmen<sup>76</sup>. Ähnlich zurückhaltend präsentierte sich das State Department<sup>76</sup>.

Partner der potentiell antagonistischen Großmächte ebenfalls als einen der Hauptgründe der Blockbildung ansieht.

<sup>71</sup> AMAE, SEP Z-54, Aktennotiz der Ostabteilung für Chauvel, 19. 5. 1946.

<sup>72</sup> Ebenda, Massigli an Paris, 23. und 24. 5. 1946.

<sup>73</sup> Public Record Office, Foreign Office 371 (künftig zit.: PRO FO 371) 56638, A. Duff Cooper an FO, 23. 4.; minute R. M. A. Hankey, 25. 4. (die Gerüchte seien „presumably all preparation for the French elections, not much more“).

<sup>74</sup> Ebenda, Cavendish-Bentinck an FO, 29. 4.; minutes D. Allen (2. 5.), A. Rumbold (9. 5. 1946).

<sup>75</sup> Ebenda, minutes Hankey (2. 7.), Rumbold (3. 7.), FO-Instruktion vom 9. 7. 1946.

<sup>76</sup> AMAE, SEP Z-54, Henri Bonnet an Paris, 3. 6., und Z-55, Bonnet an Paris, 1. 7. 1946. Der Botschafter berichtete, daß das State Department auf die Nachricht von den Verhandlungen nur mit Interesse und Verständnis reagiert habe.

Das Frühjahr 1946 stand in Polen im Zeichen der Eskalation der Auseinandersetzung zwischen dem von Kommunisten dominierten „Demokratischen Block“ und der um die Bauernpartei vereinten Opposition; der Gipfelpunkt nahte mit der Volksbefragung am 30. Juni heran. Vordergründig konzentrierte sich die Propaganda beider Seiten auf die formelle Streitfrage, ob das künftige polnische Parlament eine oder zwei Kammern haben sollte. Dieses offenkundig drittrangige Thema galt jedoch besonders der PSL nur als Vorwand, da die Volksbefragung als Anlaß begriffen wurde, der fortschreitenden „Sowjetisierung“ des Landes ein prinzipielles „Nein“ der eigenen Anhängerschaft entgegenzusetzen. Somit erhielt das Plebiszit im Grunde den Rang einer Abstimmung für oder gegen die Dominanz der Kommunisten mit allen ihren Folgen – darunter auch der befürchteten politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Abwendung vom Westen. Erst in diesem Zusammenhang ist die Taktik des Warschauer Außenministeriums in den Wochen vor dem 30. Juni zu verstehen, das in der Unterzeichnung der Deklaration unmittelbar vor der Volksbefragung ein wirksames Argument gegen die „Sowjetisierungs-“ These in ihrer außenpolitischen Dimension in die Hand zu bekommen hoffte. Modzelewski gab sich Ende Mai mit einer Formulierung zufrieden, in der die „nécessité de fixer les frontières de l'Allemagne tant à l'Est qu'à l'Ouest“ festgehalten war. Auch die Konsultationsklausel wurde zum allgemein formulierten Informationsaustausch verwässert<sup>77</sup>. Im Juni endete ein halbherziger Versuch der Modifizierung dieser Formeln seitens der Polen mit einem weiteren Mißerfolg<sup>78</sup>. Der damit festgelegte Text der Deklaration bestätigte nun die pessimistische Prognose Mikołajczyks von Anfang April: Die Warschauer Regierung war tatsächlich bereit, die Gespräche auch dann zum Abschluß zu bringen, wenn sie die polnische Auslegung der Potsdamer Beschlüsse ins Zwielicht rückten. Freilich zeigte sich der Quai d'Orsay davon gänzlich unbeeindruckt – jetzt sah man erst recht keinen Grund, den Kommunisten vor der Volksbefragung einen Prestigegewinn zu gewährleisten. Nach mehrwöchigem Hinhalte-spiel<sup>79</sup> lud Bidault Modzelewski am 26. Juni in die französische Hauptstadt ein: Der Besuch sollte erst um den 10. Juli stattfinden<sup>80</sup>.

Mit dem 30. Juni verstrich jedoch der letzte Termin, an dem die Unterzeichnung der im Frühjahr ausgehandelten Deklaration im Interesse der Warschauer Regie-

<sup>77</sup> AMSZ, Aufzeichnung über das Gespräch Modzelewski-Garreau, 24. 5.; AMAE, SEP Z-54, Garreau an Paris, 24. 5. 1946.

<sup>78</sup> Ebenda, Aktennotizen der Ostabteilung, 18. und 19. 6. 1946. Die polnische Botschaft hatte versucht, das „fixer“ im Schlüsselsatz der Deklaration durch ein „stabiliser“ zu ersetzen.

<sup>79</sup> Am 1. Juni empfahl Paris Garreau, das Ausbleiben der Einladung mit den Beratungen des Alliierten Außenministerrates und der baldigen Regierungsumbildung zu entschuldigen. In der Aufzeichnung für Couve de Murville vom 19. Juni heißt es, im Gespräch mit Skrzyszewski Schneider „a tiré profit de la crise politique actuelle pour justifier nos atermoiements“; am 18. Juni intervenierte der kommunistische Industrieminister Marcel Paul zugunsten einer baldigen Unterzeichnung der Deklaration; AMAE, SEP Z-55.

<sup>80</sup> AMSZ, Bidault an Skrzyszewski, 26. 6.; am 28. 6. erschien diese Nachricht auf der ersten Seite des „Głos Ludu“.

zung lag. Am 11. Juli befaßte sich das Koalitionskabinett abermals mit den Beziehungen zu Frankreich. Auch diesmal fehlt jeder Hinweis, daß die Debatte über diesen Punkt der Tagesordnung auf irgendeine Weise vorbereitet worden wäre. Stattdessen verlas der Außenminister Wincenty Rzymowski, sobald die Sitzung des Ministerrates am Punkt IV („Diverses“) angelangt war, den formulierten Textentwurf, den er mit einem wenig überzeugenden Kommentar versah. Die anwesenden kommunistischen Regierungsmitglieder schwiegen, zu Wort meldeten sich hingegen Mikolajczyk und sein Parteikollege Dr. Władysław Kiernik. Mikolajczyk ging sofort auf den entscheidenden Punkt ein: „... wenn wir schon keine weitergehende Erklärung abgeben können, müssen wir uns überlegen, ob wir eine solche Erklärung überhaupt abgeben sollen. Der Text dieser Deklaration kann Anlaß zu Kommentaren geben, daß gerade Polen einverstanden sei mit einer unpräzisen Beschreibung seiner Grenzen, und er [Mikolajczyk] befürchte feindliche Propaganda“; ähnliche Einwände machte Kiernik geltend. Keiner der Anwesenden polemisierte gegen diese Vorwürfe. Daraufhin setzte der Ministerpräsident die Frage der Deklaration einfach von der Tagesordnung ab<sup>81</sup>.

Wie ist dieser etwas verwirrende Ablauf der Kabinettsitzung vom 11. Juli zu erklären? Ein polnischer Historiker behauptete unlängst, die Entscheidung der Regierung sei durch die „steigende Welle des Revisionismus und westliche Attacken gegen die Potsdamer Bestimmungen“ verursacht worden und habe eine „Verstärkung“ der Deklaration zum Ziel gehabt; diese These entbehrt jeder Grundlage<sup>82</sup>. Der damalige Militärattaché in Paris behauptet in seinen kürzlich veröffentlichten Erinnerungen, der Text des Entwurfs sei von Bidault eigenmächtig geändert, dessen neuer Vorschlag vom polnischen Ministerrat einstimmig verworfen worden<sup>83</sup>. Auf einen anderen Aspekt verwies bereits im August 1946 der sozialistische Botschaftssekretär in Paris, der seine Parteivorgesetzten daran erinnerte, daß der Textentwurf „tatsächlich für uns ungünstig war, weil wir die Deklaration vor der Volksbefragung brauchten“; da der 30. Juni aber ergebnislos verstrichen sei, habe man auf eine für die Franzosen beleidigende Art und Weise die ausgehandelte Zustimmung zum Entwurf zurückgezogen<sup>84</sup>. Ebenso wichtig scheint das Urteil von Garreau. Im Sommer 1947 rekapitulierte der Botschafter das Fiasko der Gespräche folgendermaßen: Anfang Juli sei alles vorbereitet gewesen. „Dann kommt der Hiobsabend des

<sup>81</sup> AAN PRM, Mkf. 23 159, Regierungssitzung am 11.7. 1946.

<sup>82</sup> Liczmański, *Próby*, S. 129. Diese Deutung stützt sich wahrscheinlich auf die Ausführungen Kowalskis, *Polityka*, S. 161 f., der einen Artikel des „Głos Ludu“ vom 25.6. als Beleg für den angeblichen Anstieg des deutschen Revisionismus vor der Volksbefragung heranzieht. Die vom „Głos Ludu“ angeführten Zitate stammen aber aus der Resolution einer SPD-Versammlung in Spandau, die am 27.5., d. h. einen Monat vor Erscheinen des Artikels des kommunistischen Zentralorgans, stattgefunden hatte; siehe dazu die Korrespondenz in PRO FO 371/56 356, N 8308/1/55. Zur Rolle des Deutschlandmotivs in der Propaganda vor der Volksbefragung vgl. Kersten, *Narodziny*, S. 195 ff., sowie Marczak, *Propaganda*, S. 123–126.

<sup>83</sup> Naszkowski, *Paryż-Moskwa* (wie Anm. 29), S. 154.

<sup>84</sup> Dębnicki, *Denkschrift* vom 25. 8. 1946 (wie Anm. 21).

13. Juli: Polen verlangt, offensichtlich auf fremden Befehl, eine Oder-Neiße-Klausel. Frankreich gehört zu den Großen Vier und würde damit eine reelle Verpflichtung eingehen, hingegen ist die positive Stellungnahme Polens zur Saar- oder Rheinlandfrage eine Verpflichtung ohne Deckung. Inzwischen strebt Rußland ein großes, zentralisiertes Deutschland an, mit dem es sich eventuell verbünden kann. Daher die negative Haltung Moskaus gegenüber den antideutschen Forderungen von Paris.<sup>85</sup>

Es gehört zu den bemerkenswerten Eigentümlichkeiten der Akten des polnischen Außenministeriums, daß in ihnen weder die Volksabstimmung vom 30. Juni noch Molotows Pariser Rede vom 10. Juli thematisiert werden. In dem gesichteten Bestand fehlt jede Spur, daß diese beiden Schlüsselereignisse im Kalkül der Warschauer Regierung irgendeine Rolle gespielt hätten. Nichtsdestoweniger ist es wohl offensichtlich, daß die weitgehenden polnischen Konzessionen vom Frühjahr kaum anders als mit dem Termin der Volksbefragung zu erklären sind; weder vorher noch nachher zeigte sich das polnische Außenministerium zu vergleichbaren Zugeständnissen bereit, weder vorher noch nachher insistierte Modzelewski derart auffallend auf einer Einladung nach Paris. Auch die deutschlandpolitische Rede Molotows<sup>86</sup> hat in Warschau – entgegen dem Anschein, den die polnischen Akten und die nichtssagenden Zusammenfassungen der Tageszeitungen erwecken – durchaus beachtliche Folgen gehabt. Der italienische Botschafter Eugenio Reale, als prominentes Mitglied der KPI häufiger Gesprächspartner der polnischen Kommunisten, berichtete am 15. Juli, die Thesen des sowjetischen Außenministers hätten in Warschau „höchste Beunruhigung“ hervorgerufen, welche „nur notdürftig kaschiert“ werde. Der Leiter des Politischen Departements des Außenministeriums, Józef Olaszewski, verweigerte jeglichen Kommentar; die *éminence grise* der PPR, Jakub Berma, behauptete „volles Vertrauen“ in die Deutschlandpolitik der UdSSR, „gab jedoch gleichzeitig zu, daß er die Reaktionen der öffentlichen Meinung und der Parteimitglieder fürchtet“; beunruhigt zeigte sich auch Modzelewski<sup>87</sup>. In der Tat dürften die Versprechungen Molotows an die Deutschen einige Unruhe verursacht haben; die Folgen dieser ersten Grundsatzerklärung Moskaus zur Deutschlandfrage waren kaum abzusehen. Wahrscheinlich genügte schon diese Unsicherheit, um die kommunistischen Regierungsmitglieder in der Sitzung am 11. Juli zum Schweigen zu veranlassen. Ähnlich wie die französischen Diplomaten ihren Minister mit der Drohung angelsächsischer Unzufriedenheit zu beeinflussen suchten, fanden sich wahrscheinlich auch in Warschau Politiker, die es angesichts des überraschenden

<sup>85</sup> AMSZ, Aufzeichnung Chromeckis vom 6. 8. 1947.

<sup>86</sup> In Übereinstimmung mit der heftigen zeitgenössischen Reaktion (etwa in Frankreich) werten W. v. Buttlar, *Ziele und Zielkonflikte in der sowjetischen Deutschlandpolitik 1945–1947*, Stuttgart 1980, S. 71 ff., sowie H. G. Lehmann, *Der Oder-Neiße-Konflikt*, München 1979, S. 81 f., die Rede vom 10. Juli als Zäsur in der Auseinandersetzung um Deutschland. In Beiträgen jüngsten Datums – wie etwa im Sammelband J. Foschepoth (Hrsg.) *Kalter Krieg und deutsche Frage*, Göttingen/Zürich 1985 – wird dieses Datum kaum erwähnt.

<sup>87</sup> Reale, Raporty, S. 220–224.

Situationswechsels vorzogen, lieber kein Risiko einzugehen. Auf beiden Seiten lähmte die Furcht vor den Folgen selbständigen Handelns die Entscheidungsfreiheit – solange diese noch existierte. Ein „Befehl“ Moskaus, wie ihn Garreau vermutete, scheint daher – auch im Lichte späterer Quellen – kaum vorhanden bzw. notwendig gewesen zu sein.

Am 13. Juli erfuhr der verblüffte Garreau, daß Warschau seine Zustimmung zum ausgehandelten Text zurückziehe; im Gespräch mit dem Botschafter gab Olszewski zu, daß die Rede Molotows auch für Warschau bezüglich der Westgrenze Deutschlands eine neue Lage schaffe<sup>88</sup>. Am 17. Juli wurde der polnische Botschafter in Paris beauftragt, dem Quai d'Orsay einen neuen Entwurf vorzulegen, in dem von der „Notwendigkeit der Stabilisierung der jetzigen deutschen Grenze im Osten“ und einer „gebührenden Absteckung der Grenze im Westen“ die Rede war<sup>89</sup>. Das französische Außenministerium sprach sich natürlich gegen diese „Verbesserungen“ aus. Ein sichtlich irritierter Bidault schrieb Modzelewski, daß neue Verhandlungen nicht in Frage kämen<sup>90</sup>. Das Problem des polnisch-französischen Bündnisses kehrte somit im Juli 1946 zum Ausgangspunkt zurück.

\* \* \*

Im zweiten Halbjahr 1946 beschränkten sich die polnisch-französischen Beziehungen auf Routineangelegenheiten<sup>91</sup>. Paris blieb weiterhin auf amerikanische Kredite angewiesen und hoffte auf angelsächsische Billigung seiner Deutschlandpläne, während die Beziehungen zwischen Warschau und London/Washington sich vor den für den 19. Januar 1947 angesetzten Wahlen abermals verschlechterten. Die Wiederaufnahme der politischen Verhandlungen schien aussichtslos, zumal das Foreign Office im September 1946 erstmals seinen Unmut über die – de facto kaum existente, von nun aber als latente Bedrohung empfundene – Ostpolitik Frankreichs

<sup>88</sup> Die Frage der Spielräume polnischer Außenpolitik, die hier mehrmals gestreift wird, ist aufgrund der heutigen Quellenkenntnis nicht hinreichend zu klären. Unübersehbar ist aber z. B. die in den polnischen Akten enthaltene Information, derzufolge Molotow sich im Dezember 1946 in einem Gespräch mit polnischen Diplomaten darüber befriedigt zeigte, daß seine Warschauer Partner in gewissen Fragen einen anderen Kurs als Moskau steuern. Bei dieser Gelegenheit erwähnte der sowjetische Außenminister ausdrücklich die Zustimmung Polens zur Abtrennung der Saar; AMSZ, Olszewski an Modzelewski, 13. 12. 1946.

<sup>89</sup> Ebenda, Olszewski an Skrzyszewski, 17. 7.; AMAE, SEP Z-55, Garreau an Paris, 16. 7. 1956.

<sup>90</sup> Ebenda, Bidault an Modzelewski, 23. 7. 1946; Aktennotizen der Ostabteilung, 18.–20. 7.; am 30. 7. informierte Paris die französischen Botschaften, die Frage der Deklaration sei nicht mehr aktuell, da Warschau „brusquement“ seine Ansichten geändert habe. In den Pariser Akten liegt bis heute das zur feierlichen Unterzeichnung bestimmte Papier.

<sup>91</sup> Als wichtigstes Ereignis dieses Zeitraums ist hier der Handelsvertrag vom 1. 8. 1946 zu nennen, der Frankreich beträchtliche Lieferungen polnischer Kohle sicherte.



äußerte<sup>92</sup>. Erst das Scheitern des Übergangskabinetts Léon Blum und die Rückkehr Bidaults zum Quai d'Orsay im Januar 1947 – verbunden mit dem Versprechen der Wahrung der außenpolitischen Kontinuität<sup>93</sup> – schufen die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Gespräche. Die Niederlage der polnischen Opposition in den gleichzeitigen Parlamentswahlen blieb ohne Einfluß auf die Gesprächsbereitschaft der Franzosen<sup>94</sup>. Am 10. Februar erschien in Paris, zwecks Unterzeichnung der Friedensverträge mit den Satellitenstaaten der Achse, Modzelewski in seiner neuen Funktion als polnischer Außenminister. Am 19. Februar wurde das erste Kulturabkommen nach dem Krieg unterzeichnet. Modzelewski führte ebenfalls eine Reihe von Gesprächen mit Paul Ramadier, Vincent Auriol, Maurice Thorez und Bidault. Das offizielle Kommuniké bekräftigte, daß Frankreich und Polen entschlossen seien, einen neuen Bündnisvertrag auszuhandeln. Eine ähnliche Verlautbarung über die Beziehungen zwischen Paris und Prag war bereits am 14. Februar veröffentlicht worden<sup>95</sup>. Nach seiner Rückkehr verkündete Modzelewski in Warschau, daß die polnisch-französischen Meinungsverschiedenheiten bezüglich der künftigen Verfassung Deutschlands<sup>96</sup> und der Frage der Kontrolle über die Ruhr<sup>97</sup> im Lichte der grundlegenden Übereinstimmung hinsichtlich der polnischen Westgrenze, der Saarfrage, der europäischen Sicherheit und der Kriegsentschädigungen nur sekundäre Bedeutung besäßen<sup>98</sup>.

<sup>92</sup> PRO FO 371/56638, Korrespondenz Duff Cooper-London, September 1946. Nach Konsultationen im FO und mit dem britischen Botschafter in Prag Sir Nichols über etwaige ostpolitische Bindungen Paris' notierte Sir Oliver Harvey am 23.9.: „Briefly we all dislike the idea in present circumstances except Prague.“ Der Meinungs austausch im FO war offensichtlich von Chauvel inspiriert worden.

<sup>93</sup> Vgl. dazu Schreiner, Bidault, S. 118–122, 127 f.

<sup>94</sup> Im Gegensatz etwa zu US-Botschafter Arthur Bliss Lane, der unmittelbar nach den Wahlen aus Protest gegen die bisherige amerikanische Polenpolitik seinen Abschied aus dem diplomatischen Dienst einreichte, wollte Garreau weder den offiziellen Wahlergebnissen noch den Daten der Opposition Glauben schenken. Zwar sei die Zuverlässigkeit der amtlichen Angaben verdächtig, schrieb der Botschafter, aber „il n'en est pas moins vrai que dans la Pologne d'aujourd'hui ce résultat seul compte“; AMAE, SEP Z-35, Garreau an Paris, 27.1.1947.

<sup>95</sup> Siehe dazu Kamiński, Wielka Brytania, S. 162 ff.

<sup>96</sup> Die diesbezüglichen Differenzen traten klar zutage während der Anhörung der polnischen Delegation durch die stellvertretenden Außenminister der vier Großmächte in London am 27.1.1947. Der polnische Vertreter Stefan Wierblowski argumentierte, ein vollendeter geschichtlicher Prozeß – wie ihn die Einheit Deutschlands darstelle – könne nicht rückgängig gemacht werden. Couve de Murville bezweifelte diesen Gedankengang unter Hinweis auf die baldige Auslöschung der geschichtlichen Tatsache Preußens. Das polnische Memorandum zur Deutschlandfrage und das Exposé Wierblowskis siehe in: Zbiór Dokumentów 1947/1–2, S. 3–51.

<sup>97</sup> In den oben zitierten offiziellen Stellungnahmen zur Deutschlandfrage wurde diese Frage in den Hintergrund gedrängt: Das Memorandum erwähnt die Ruhrfrage nicht, in seinem Exposé begnügte sich Wierblowski mit dem Vorschlag, das Ruhrbecken sollte allen jenen Staaten dienen, deren Wirtschaften „mit diesem mächtigen wirtschaftlichen Zentrum des Kontinents verbunden sind“; ebenda, S. 21. Auch andere Aussagen aus dieser Zeit ermöglichen den Schluß, daß Warschau sich in dieser Frage noch nicht festlegen wollte.

<sup>98</sup> Vgl. dazu Kowalski, Polityka, S. 335–339; schon nach seiner Rückkehr aus Moskau Ende Januar

Die 1946 mehrmals geäußerte Beunruhigung über den zunehmenden Verfall der Anti-Hitler-Koalition schlug sich in den Wochen vor der Moskauer Außenministerkonferenz in der Einstellung der Attacken sogar der kommunistischen polnischen Presse auf die USA und Großbritannien nieder<sup>99</sup>. Die sozialistische Wochenzeitung „Świat i Polska“, die das Moskauer Treffen der Außenminister bereits eine Woche nach Beginn als „möglicherweise eines der größten Ereignisse dieses Jahrhunderts“ zu betrachten bereit war, sah nun selbst im britisch-französischen Vertrag von Dünkirchen nicht den Keim des befürchteten Westblocks, sondern eine Etappe auf dem Weg des Zusammenrückens der Europäer gegen die potentielle deutsche Gefahr<sup>100</sup>. Im polnischen Außenministerium muß man sich aber auch der weniger optimistischen Interpretationsmöglichkeiten bewußt gewesen sein, denn schon am 12. März – nur wenige Tage nach Unterzeichnung des Vertrages von Dünkirchen – erhielten die Franzosen den Entwurf eines neuen Bündnisvertrags. Darin fand sich u. a. die Verpflichtung, an keiner gegen die andere Seite gerichteten Koalition teilzunehmen (§ 1) und Konsultationen durchzuführen, falls Deutschland eine aggressive Politik einschlagen sollte, welche „die Sicherheit oder die territoriale Integrität eines der beiden Länder bedrohen würde“ (§ 2); „militärische und andere Hilfe“ war „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln“ zu leisten, wenn eines der Länder „in kriegerische Auseinandersetzungen gegen Deutschland hineingezogen wird“, eine Bestimmung, die auch auf potentielle deutsche Verbündete ausgedehnt wurde (§ 3)<sup>101</sup>. Deutlich war im Entwurf das Bestreben erkennbar, die 1945/46 sichtbar gewordenen Klippen zu umschiffen: Die Grenzfrage wurde diesmal gänzlich ausgeklammert, Konsultationen sollten nur im Falle einer aggressiven Politik Deutschlands durchgeführt werden.

Bidault erhielt den Entwurf erst in Moskau. Hier entschied sich das Schicksal der künftigen Außenpolitik Frankreichs und diese Entscheidung hätte wohl kaum eindeutiger ausfallen können: Während der siebenwöchigen Konferenz scheiterten nahezu alle Projekte Bidaults, die französischen Großmachtsprüche wirkten langsam lächerlich. „Pour des raisons que la raison ne connaît pas“ insistierte Bidault auf der Abtrennung des Rheinlandes, schrieb während der Konferenz *Le Monde*<sup>102</sup>, und der Außenminister zog Konsequenzen: Einer am Rande der Sitzung vollzogenen außen- und wirtschaftspolitischen Annäherung an Washington und London

betonte Modzelewski in einer Pressekonferenz, die Haltung Polens sei der sowjetischen „ähnlich, obwohl nicht mit ihr identisch“, und wies auf die Unterstützung der französischen Saarpolitik hin. Ebenda, S. 324 f.

<sup>99</sup> Diese Zurückhaltung endete schlagartig mit dem Scheitern der Moskauer Konferenz. Am 7. 5. 1947 berichtete der britische chargé d'affaires, die PPR-Presse „has lately returned with new appetite to its favourite diet of Englishman's blood“; PRO FO 371/66 150, weekly summaries. Diese – für mehrere Jahre definitive – Wende der Presse wurde eingeleitet durch die Rede Gomulkas zum 1. 5. 1947.

<sup>100</sup> „Świat i Polska“, No 11 vom 16. 3. 1947.

<sup>101</sup> AMSZ, „Traktat przymierza i pomocy wzajemnej“.

<sup>102</sup> Zit. nach Lapie, De Léon Blum, S. 97.

folgte Anfang Mai das Ausscheiden der kommunistischen Minister aus der Regierung Ramadier, ein Vorgang, bei dem Bidault eine wichtige Rolle gespielt zu haben scheint<sup>103</sup>. Der Wandel ließ wenig Hoffnung übrig, daß der polnische Vertragsentwurf ein anderes Schicksal erleiden würde als der tschechoslowakische, der seit Anfang August 1946 unbeantwortet in den Pariser Schreibtischen Staub sammelte: Die kaum initiierten Verhandlungen wurden de facto eingefroren<sup>104</sup>.

In Warschau war man sich durchaus bewußt, daß die Situation nach dem Scheitern der Moskauer Konferenz noch weniger Chancen bot als vorher. Zwar hatte sich Bidault in Moskau von dem Vorschlag Marshalls distanziert, der auf eine neue Absteckung der deutsch-polnischen Grenze hinauslief<sup>105</sup> – Bevin tat dies auf der Rückreise über Warschau<sup>106</sup> –, aber die Leitung des polnischen Außenministeriums war sich während der Sitzung am 5. Mai einig, daß „die politische Krise in Frankreich die Frage des Vertrags komplizieren und in die Ferne rücken wird“<sup>107</sup>. Im Juni hieß es in einer internen Bestandsaufnahme, daß die Verhandlungen „durch französische Schuld in den Hintergrund zurückzutreten scheinen“<sup>108</sup>. Der neue polnische Botschafter in Paris, Jerzy Putrament, gewann jedoch zur selben Zeit den Eindruck, daß die überwiegende Mehrheit der Spitzenbeamten der Warschauer Zentrale weiterhin auf einen erfolgreichen Abschluß der Gespräche hoffte<sup>109</sup>.

Am 16. Juni wurde der Botschafter von Bidault empfangen. Der ohnehin skeptische Putrament fand einen wenig überzeugenden Gesprächspartner vor: Bidault sorgte sich um die Moskauer „Spaltungspolitik“, sprach von steigendem angelsächsischen Druck (der auch gegen die polnisch-französischen Verhandlungen ausgeübt werde) und warnte den Botschafter, daß ohne einen radikalen Wandel der Lage Frankreich bald seine Manövrierfähigkeit einbüßen werde; Warschau solle versuchen, Moskau vom Ernst der Lage zu überzeugen. Über den vor nun drei Monaten erhaltenen polnischen Vertragsentwurf sprach der Außenminister nicht. Putrament urteilte, daß Paris gegenwärtig nur daran interessiert sei, die ostpolitischen Verhandlungen gegenüber den USA auszuspielen und Polen „als eines der Druckmittel gegen Rußland“ zu verwenden<sup>110</sup>.

<sup>103</sup> Siehe dazu W. Loth, Frankreichs Kommunisten und der Beginn des Kalten Krieges. Die Entlassung der kommunistischen Minister im Mai 1947, in: VfZ 26 (1978), S. 9–65, hier: S. 44 f.

<sup>104</sup> Vgl. Kamiński, Wielka Brytania, S. 161 f.

<sup>105</sup> Dazu Lehmann, Konflikt, S. 92–106.

<sup>106</sup> Bereits in Moskau konnte sich Bevin für den Vorschlag Marshalls nur mäßig erwärmen; vgl. J. Foschepoth, Großbritannien, die Sowjetunion und die Westverschiebung Polens, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1983/2, S. 61–90, hier: S. 84 f. In Warschau erklärte Bevin gegenüber Modzelewski, daß er „mit Herrn Marshall nie über polnische Fragen gesprochen habe . . . er ist sich bewußt, daß wir [die Polen] große Erfolge in Schlesien erzielt haben, er hat nur Zweifel, ob wir mit ähnlichen Ergebnissen im nördlichen Teil dieses Gebietes aufwarten können“; AMSZ, Aufzeichnung über das Gespräch Modzelewski-Bevin, 27. 4. 1947.

<sup>107</sup> AMSZ, Aktenvermerk über die Sitzung des Leitungsstabes des Außenministeriums, 5. 5. 1947.

<sup>108</sup> Ebenda, Aufzeichnung „Stosunki z Francją w ostatnim okresie“, 13. 6. 1947.

<sup>109</sup> J. Putrament, Pół wieku t. III: Zagranica, Warszawa 1965, S. 200 f.

<sup>110</sup> Ebenda, S. 223–226; Aufzeichnung im AMSZ.

Die Vermutung des Botschafters von der rein instrumentalen Bedeutung der polnisch-französischen Gespräche wird durch mehrere Quellen bestätigt. Bereits im April hatte Bidault gegenüber Bevin angedeutet, daß die Verhandlungen mit Warschau und Prag nur aus innenpolitischen Gründen in Gang gehalten würden, die aber nun angesichts der Polarisierung in Frankreich an Relevanz verlören<sup>111</sup>. Im Mai gelangte der stellvertretende Unterstaatssekretär im FO, Christopher F.A. Warner, zu einer ähnlichen Einschätzung: Frankreich führe die Verhandlungen nur wegen des Argwohns der KPF, die schon den britisch-französischen Vertrag äußerst mißmutig aufgenommen habe. Das FO tue angesichts dieser Lage alles, um Paris die Irrealität und Schädlichkeit einer etwaigen Annäherung an den Osten vor Augen zu führen. Das State Department schloß sich der von Warner skizzierten Linie an: Marshall beauftragte den Botschafter in London, die Franzosen zu entmutigen, ohne die Frage zum Gegenstand einer offiziellen Vorstellung aufzuwerten<sup>112</sup>. Paris zeigte indessen wenig Neigung, seinen angelsächsischen Partnern allzu viel Kopfzerbrechen zu bereiten; als nach nahezu 10 Monaten Schweigen (7. August 1946–31. Mai 1947) Prag den französischen Gegenvorschlag erhielt, wich dieser derart weit von der tschechischen Skizze ab, daß die kommunistischen Minister um Klement Gottwald innerhalb eines Monats ihren bürgerlichen Koalitionspartnern weitere Gespräche ausredeten<sup>113</sup>.

Die Verkündung des Marshallplans am 5. Juni 1947 rückte die Frage der französischen Ostpolitik noch weiter in den Hintergrund. Der tschechische Botschafter in Paris unternahm zwar einen letzten Versuch, die Bündnisverhandlungen wiederaufzunehmen<sup>114</sup>, nach der Absage Molotows am 2. Juli schloß sich jedoch auch er der Überzeugung an, daß die Entstehung des „Westblocks“ – und damit der Ausschluß der sowjetischen Interessensphäre aus Europa – nur noch eine Frage der Zeit sei. Auch Putrament war sich der Tragweite der Entscheidung Molotows voll bewußt. Am 3. Juli berichtete er nach Warschau, daß die nun kaum vermeidbare Absage an den Plan die Anerkennung der Abhängigkeit von „Rußland“ bedeute – eine Aussicht, auf deren Bewertung er verzichtete. Frankreich, so urteilte der Botschafter, „hat keine Illusionen bezüglich der Möglichkeit der Einbeziehung ostmitteleuropäischer Länder in weitere Gespräche. Nichtsdestoweniger sollte man mit solchen Versuchen rechnen, wobei Polen wohl zu den am meisten gefragten Staaten gehören wird.“<sup>115</sup> Die Richtigkeit dieser Prognose bestätigte sich am 10. Juli – dem Tag nach der offiziellen polnischen Absage an den Plan –, als Couve de Murville dem Botschafter den seit März erwarteten französischen Gegenentwurf aushändigte. Verglichen mit dem polnischen Vorschlag, enthielt das Papier mehrere grundsätzliche Änderungen: Zweimal wurde eine Sonderkompetenz Frankreichs hinsichtlich

<sup>111</sup> Kamiński, *Wielka Brytania*, S. 169.

<sup>112</sup> FRUS 1947/III, S. 713 ff.

<sup>113</sup> Ausführlich Kamiński, *Wielka Brytania*, S. 170 ff.

<sup>114</sup> Dumaine, *Quai d'Orsay*, S. 200.

<sup>115</sup> AMSZ, Berichte Putraments vom 2. und 3. 7. 1947.

Deutschlands erwähnt, die Formel von der Bedrohung der „territorialen Integrität“ als Auslösungsgrund des Vertrags fehlte ebenso wie die Erwähnung der militärischen Hilfe. Das Bündnis sollte nur gegenüber Deutschland – und nicht gegenüber seinen etwaigen Verbündeten – gültig sein, dazu bestanden die Franzosen auf der ausschließlichen Verbindlichkeit der französischen Fassung des Dokuments<sup>116</sup>.

Die erhebliche Einschränkung der Tragweite des Vertrags ließ wenig Zweifel an den geringen Chancen der Verhandlungen. Garreau suchte die Schuldigen für das absehbare Scheitern in Moskau, richtete aber ebenso heftige Tiraden gegen die ähnlich gelagerten Interessen Londons und Washingtons. Sein polnischer Gesprächspartner versuchte – vermutlich ohne allzu starke innere Überzeugung –, den Botschafter durch den Hinweis auf die exzeptionelle Bedeutung eines neuen Bündnisses zu ermuntern<sup>117</sup>. In Paris erfuhr der erstaunte Putrament von Bidault, daß an der bisherigen Ergebnislosigkeit der Gespräche Warschau und Prag schuldig seien; der Botschafter urteilte nach dem Gespräch, daß Frankreich „nicht an einer Annäherung, sondern nur am Kontakt interessiert ist, den es als Argument gegen die Westblock-Vorwürfe gebrauchen kann. Frankreich wird den ihm angenehmen Zustand einer ‚Diskussion über den Pakt‘ möglichst ad infinitum verlängern, es sei denn, daß ein weiterer, deutlicher proamerikanischer Schritt es zwingen wird, in der Unterzeichnung des Vertrags ein Mittel zur Beruhigung der öffentlichen Meinung zu suchen.“ Nach dem enttäuschenden Verlauf des Besuchs des Wirtschaftsministers Hilary Minc im August schlossen sich auch die Wirtschaftsexperten dieser Auffassung an<sup>118</sup>.

Die Verhandlungen im August und September brachten wenig Veränderungen. Ramadier und Blum mochten zur selben Zeit die Unteilbarkeit Europas beschwören<sup>119</sup>, aber der Quai d’Orsay sah keinen Grund, von seiner bisherigen Position abzurücken, zumal auch der Spielraum Warschaus sich sichtbar verringerte. Der neue polnische Vertragsentwurf (27. August 1947) übergang stillschweigend die französischen Sonderrechte in Deutschland, bezog dagegen abermals auch die Verbündeten einer deutschen Aggression in den Bündnistext mit ein; Chauvel sah schon nach der ersten flüchtigen Lektüre des Papiers wenig Aussicht auf die Zustimmung Frankreichs. Die Stellungnahme der Experten des Quai d’Orsay fiel natürlich ebenso negativ aus<sup>120</sup>. Der neue französische Gegenvorschlag (19. September) fand dann auf polnischer Seite – besonders wegen der Erwähnung der Sonderbefugnisse Frankreichs in Deutschland – genauso wenig Zustimmung<sup>121</sup>. Die Verhandlungen waren endgültig am toten Punkt angelangt.

<sup>116</sup> Ebenda, Bericht Putraments vom 10.7. 1947; Liczmański, *Próby*, S. 133 f.

<sup>117</sup> AMSZ, Aufzeichnung über das Gespräch Olszewski-Garrau, 9.8. 1947.

<sup>118</sup> Ebenda, Putrament an Warschau, 28.7., 4.8.; Aufzeichnung von Adam Rose, 20.8. 1947.

<sup>119</sup> Vgl. Caffery an Secretary of State, 11.7. 1947, FRUS 1947/III, S. 328; W. Loth, *Die Teilung der Welt 1941–1955*, München 1982<sup>3</sup>, S. 196.

<sup>120</sup> AMSZ, Aufzeichnung Putraments vom 28.8.; AMAE, SEP Z-55, Aktenvermerk vom 2.9., Bidault an Warschau, 12.9. 1947.

<sup>121</sup> AMAE, SEP Z-56, Aufzeichnungen Chauvels über Unterredungen mit Putrament, 3. und 4.10. 1947; de Beausse an Paris, 6.10. 1947.

Anfang September protestierte Polen in Paris gegen den neuen Industriepfad für Deutschland, das polnische Außenministerium versuchte sich zur selben Zeit in der wenig aussichtsreichen Übung, den Fortgang der Gespräche durch die Unterstützung der oppositionellen KPF zu sichern<sup>122</sup>. Einen Monat später fiel der französischen Botschaft in Warschau ein radikaler Wandel der Haltung der Gastgeber auf: Überaus kritische Presseberichte über eine Wende der französischen Besatzungspolitik fielen zusammen mit dem plötzlichen Désinterressement der polnischen Diplomaten an weiteren Gesprächen. Der chargé d'affaires sah darin vor allem die Auswirkung der „Ratschläge“, die aus Moskau eingetroffen sein dürften<sup>123</sup>.

Indessen ist ein direkter Einfluß der Konferenz der neun kommunistischen Parteien in Szklarska Poręba (22.–27. September 1947) auf die polnisch-französischen Verhandlungen kaum nachzuweisen: In den zugänglichen Akten findet sich keine einzige Direktive aus dem Zentralkomitee der PPR, kein Schriftstück, welches die Vermutung bestätigen würde, daß mit der Gründungssitzung der Kominform die Bewegungsfreiheit seiner Mitglieder auf irgendeine Weise eingeschränkt worden wäre<sup>124</sup>. Im Lichte der bisherigen Gespräche wäre es auch wenig sinnvoll, in den Ereignissen der letzten Septembertage eine entscheidende Wende sehen zu wollen: Die Frage der Bündniserneuerung war schon vorher negativ entschieden worden, übrig blieb die Frage, ob und wann die bilateralen Beziehungen zwischen Warschau und Paris jenen Tiefstand erreichen würden, der für Ost-West-Beziehungen schon seit einigen Monaten zur Regel geworden war.

Die letzten den Pakt betreffenden Akten stammen aus dem November 1947. Nachdem der polnische Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz im Sejm noch einmal betont hatte, daß Polen nur einen „selbständigen“, d. h. von den Großmachtkompetenzen Frankreichs unabhängigen Vertrag unterzeichnen wolle (29. Oktober), informierte Bidault die Regierung und den Generalstab, die Verhandlungen seien „actuellement au point mort“ (6. November); Garreau erhielt die Anordnung, von weiteren Gesprächen Abstand zu nehmen (9. November), Modzelewski informierte den tschechoslowakischen Botschafter, daß Polen nicht mehr mit der Unterzeichnung des Paktes rechne (27. November)<sup>125</sup>. Die aktenkundigen britischen Vorstellungen am Quai d'Orsay (18./25. November)<sup>126</sup> waren nur noch überflüssige

<sup>122</sup> Das polnische Aide-Mémoire vom 2. 9., in: Zbiór Dokumentów 1948/1, S. 27 f.; AMSZ, Aufzeichnungen Olszewskis über Gespräche mit de Beausse und Jacques Duclos, 11. und 20. 9. 1947.

<sup>123</sup> AMAE, SEP Z-56, de Beausse am Paris, 3. 10. 1947.

<sup>124</sup> In Polen zeigte die Gründungskonferenz der Komintern sichtbare und unmittelbare Folgen während der Plenarsitzung des ZK der PPR am 11. 10. 1947, wo eine kulturelle Abschottung des Landes vom Westen beschlossen wurde, sowie während der gemeinsamen Sitzung der Leitungen von PPR und PPS am 10. 12. 1947, wo die Sozialisten zur Aufgabe ihrer – freilich zu diesem Zeitpunkt bereits fraglichen – Selbständigkeit in der COMISCO verpflichtet wurden.

<sup>125</sup> Liczmański, Próby, S. 134 f.; AMAE, SEP Z-56, Schreiben Bidaults vom 6. 11.; Bidault an Garreau, 9. 11.; AMSZ, Aufzeichnung über die Unterredung Modzelewski – Josef Hejret, 27. 11. 1947.

<sup>126</sup> AMAE, SEP Z-56, Aktenvermerke über die Gespräche mit Sir Henry Ashley Clark; Kamiński, Wielka Brytania, S. 176 f., zeigt, daß das britische Mißtrauen zumindest bis zur Jahreswende 1947/48 anhielt.

Pflichtübungen, denn mittlerweile hatte auch Warschau die Idee der Bündniserneuerung gänzlich aufgegeben. Im November zelebrierte man in der polnischen Hauptstadt überschwänglich den Besuch von Thorez, in seiner Rede vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Sejm (22. November) übergang Modzelewski die Bündnisfrage mit Schweigen<sup>127</sup>. Das Restümee zogen am 22. November Couve de Murville und Putrament. Der Generaldirektor des Quai d'Orsay meinte resignierend, die internationale Lage mache weitere Verhandlungen ebenso gegenstandslos wie die innenpolitischen Verhältnisse in Frankreich, „wo alle sich im Antikommunismus überbieten“. „Somit“, ironisierte Putrament, „sind beide Seiten endlich zu identischen Schlüssen gekommen.“ Der Botschafter teilte schon seit einigen Monaten die nun von Couve de Murville formulierte Einsicht, daß der Paktabschluß „eigentlich unmöglich“ sei. Als Richtlinie für die unmittelbare Zukunft schlug Putrament vor, „unabhängig von der allgemein ungünstigen Atmosphäre ... nach Möglichkeit die Verhandlungen fortzusetzen, um die Haltungen beider Seiten restlos zu klären und einen Text vorzubereiten, der eines Tages, unter veränderten Umständen, für beide annehmbar wäre“<sup>128</sup>.

Auch dieses bescheidene Programm erwies sich als undurchführbar. Am 28. November leiteten die Verhaftungen von linksgerichteten polnischen Arbeitern in Metz einen neuen Abschnitt in den polnisch-französischen Beziehungen ein. Bald erfaßte die Verhaftungswelle größere Personenkreise, was natürlich zu polnischen Gegenmaßnahmen führte. Der „diplomatische Krieg zwischen Polen und Frankreich“<sup>129</sup> begann. Mitte Dezember attackierte der I. Sekretär der PPR, Władysław Gomułka, den französischen Minister Jules Moch in einer Weise, die zu einem formellen Protest der Franzosen führte<sup>130</sup>. Gegenseitige Beschuldigungen bzw. Verleumdungen wurden zum Alltagsbrot der Diplomaten, die bald nur noch mittels Protesten miteinander verkehrten. Mitte Februar 1948 artete der Antrittsbesuch des neuen französischen Botschafters in Warschau, Jean de Bealen, zu einer beiderseitigen Aufzählung endloser Beschuldigungen aus<sup>131</sup>. Der Ton der polnisch-französischen Beziehungen unterschied sich von nun an in keiner Weise von den üblichen Ost-West-Begegnungen.

\* \* \*

Die Bilanz der zweijährigen Gespräche war durchweg negativ. Im sensu stricto politischen Bereich zeitigten sie keine greifbaren Folgen. Das Institut Français in Warschau und Krakau, dessen Eröffnung das Kernstück der Kulturkonvention von 1947

<sup>127</sup> Die Rede in: Zbiór Dokumentów 1947/11–12, S. 375–382.

<sup>128</sup> AMSZ, Putrament an Warschau, 22. 11. 1947.

<sup>129</sup> Zu seinen Auswirkungen auf die polnischstämmige Arbeiterschaft in Frankreich siehe L. Turajczyk, *Spoleczno-polityczne organizacje polskie we Francji 1944–1948*, Warszawa 1978, S. 174–182.

<sup>130</sup> AMAE, SEP Z-56, Protestschreiben vom 15. 12. 1947.

<sup>131</sup> AMSZ, Aufzeichnung über das Gespräch Modzelewski – de Bealen, 14. 2. 1948.

bildete, wurde im Zuge des „diplomatischen Krieges“ bereits 1950 geschlossen, um erst in der Zeit der V. Republik seine Tätigkeit wiederaufzunehmen; die mit Mühe erreichte Normalisierung der unmittelbaren Nachkriegsjahre erwies sich innerhalb kürzester Zeit als illusionär.

Die Frage nach den Gründen des Scheiterns ist heute – wie schon mehrmals angedeutet – nicht restlos klärbar. Die Unzugänglichkeit mancher Quellen führte dazu, daß sich unsere Darstellung auf die rein zwischenstaatliche Ebene konzentrierte und die vermutlich nicht minder wichtigen Kontakte zwischen KPF und PPR notgedrungen ausgeklammert werden mußten; unbekannt bleibt auch das Verhältnis Moskaus zu den Verhandlungen. Aus dem Vergleich zwischen der Tschechoslowakei, wo die Annäherung an Frankreich Sache nichtkommunistischer Kräfte war, und Polen, wo dieselbe Politik von Kommunisten betrieben wurde, scheint hervorzugehen, daß – entgegen den mehrmals geäußerten Befürchtungen der Gegenseite – die aus dem Osten kommenden Sondierungen kein ferngelenkter Vorgang gewesen sein können. Sowohl die Prager Nationalisten und Volksparteiler als auch die Warschauer Kommunisten wollten offenbar aus der Erneuerung der Vorkriegsbündnisse doppelten Nutzen ziehen – die Absicherung gegen Deutschland und die Erweiterung des Spielraums im Hinblick auf die Sowjetunion wurden im innenpolitischen Bereich aufgewertet durch den unzweifelhaften Prestigeerwerb, den ein propagandistisch gebührend aufgemachtes Zusammengehen mit dem „alten Verbündeten“ einbringen mußte. Zeitweilig – so z. B. im Frühjahr 1946 – stand das innenpolitische Motiv offenbar sogar im Vordergrund. Aus dieser Instrumentalisierung der Bündnisidee ist wahrscheinlich auch die Tatsache zu erklären, daß in den polnischen Akten keine einzige Studie zu finden ist, die sich mit den weiterreichenden Folgen eines Vertragsabschlusses befaßt hätte. Dies führte wiederum dazu, daß Warschau sich im Frühjahr 1947 in die aussichtslose Forderung verannte, eine Gleichstellung Polens und Frankreichs hinsichtlich der deutschen Frage zu erzwingen. Das Kalkül Prags mag präziser gewesen sein – obwohl auch hier die Belege fehlen –, aber in den Stellungnahmen Gottwalds und seiner Kollegen aus der KPČ wird deutlich, daß das „Brückenkonzept“, wie es im Sommer 1946 formuliert wurde<sup>132</sup>, hauptsächlich als außenpolitische Absicherung der innenpolitischen Sonderentwicklung der Tschechoslowakei konzipiert war und gerade deshalb bei den Kommunisten auf Ablehnung stoßen mußte.

Die Deutung, der gescheiterte Versuch der Annäherung an den ehemaligen Verbündeten nach 1945 sei vor allem aus dem Primat der Innenpolitik zu erklären, verlangt natürlich weitere Forschungen. Für Frankreich, wo die innenpolitischen Verhältnisse weitaus besser bekannt sind, mag dieser Ansatz wenig fruchtbar bleiben. Völlig zu Recht konstatierte nämlich vor Jahren Klaus Hänsch, daß Polen und andere osteuropäische Staaten in der Übergangsperiode „etwas außerhalb des Gesichtskreises der öffentlichen Meinung zu liegen“ scheinen, eine Tatsache, die weniger mit den anfangs kaum beachteten ideologischen Differenzen als vielmehr

<sup>132</sup> Vgl. dazu Kamiński, *Wielka Brytania*, S. 154 ff.



mit der rapiden Eingrenzung des „Europa“-Begriffs auf den westlichen und nördlichen Teil des Kontinents zusammenhängt<sup>133</sup>. Da der Symbolwert einer Verbindung mit dem Osten im Westen einen unvergleichbar geringeren Stellenwert als umgekehrt besaß und nur als Argument gegen den Vorwurf der „Dollarhörigkeit“ zählte, hatte die innenpolitische Ebene nur insofern Gewicht, als sie durch die KPF überhaupt ins Spiel gebracht wurde. Die innerfranzösische Komponente ist somit eher als Begleiterscheinung des primär aus außenpolitischen Motiven eingeleiteten Spiels zu werten.

Der eigentliche Grund für das Scheitern der Gespräche ist in der – besonders 1945/46 deutlich hervortretenden – Abneigung der französischen Diplomaten gegen die Wiederholung „alter Fehler“ zu suchen. Die Erkenntnis, daß der „München“-Komplex das Denken maßgeblicher amerikanischer und sowjetischer Diplomaten nachhaltig beeinflusst hat, ist alles andere als neu. Auch in der Sicht der Franzosen spielte dieses Stichwort anscheinend eine gewichtige Rolle; allerdings bevorzugten die Nachfolger Daladiers und Bonnets eine Interpretation, die das Fehlverhalten der Vorgänger durch Berufung auf Zwangslagen bzw. fremde Schuld objektivierte und letztlich entschuldigte. Daß die konsequent umgesetzte Einsicht in die eigene Machtlosigkeit der IV. Republik einiges erspart hätte, gehört auf ein anderes Blatt. Für unser Thema ist hingegen wichtig, daß die französische Diplomatie der Übergangsperiode aufgrund ihrer Vorkriegserfahrungen mit Ostmitteleuropa wesentlich vorsichtiger agierte, als man im Hinblick auf die öffentlichen Bekundungen der Politiker vermuten könnte. Ebenso wichtig scheint die Feststellung, daß die schon von den Zeitgenossen oft als Entschuldigung oder Erklärung bemühte Disziplinierung durch übermächtige Verbündete entweder auffallend diskret oder aber – was vermutlich den Tatsachen näher kommt – sichtlich verspätet erfolgt ist. Der Mythos von der entscheidenden Rolle der Großmächte bei der Zerstörung der europäischen Restaurationsversuche nach der Potsdamer Konferenz dürfte sich so kaum halten lassen. Es waren die Europäer selbst, die zwischen Sommer 1945 und Sommer 1947 jedes potentielle Risiko gescheut und die Rekonstruktion eines eigenständigen europäischen Systems dem innenpolitischen Kräftespiel untergeordnet haben.

<sup>133</sup> K. Hänsch, Frankreich zwischen Ost und West. Die Reaktion auf den Ausbruch des Ost-West-Konflikts 1946–1948, Berlin 1972, S. 192, 126 f.